

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 a und 24 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Kauch, Gudrun Kopp, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Weichenstellungen zur Förderung erneuerbarer Energien in der Europäischen Union – Wettbewerb der Lösungen stärken, Regenwälder wirksam schützen

– Drucksache 16/8074 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Kauch, Gudrun Kopp, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Vorschlag der EU-Kommission für den Emissionshandel nach 2012 überarbeiten – Klima schützen, Stromverbraucher entlasten, Wettbewerb stärken

– Drucksache 16/8075 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Michael Kauch, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Michael Kauch (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Rat der Europäischen Union hat im März 2007 weitreichende Klimaschutzziele beschlossen: Bis 2020 wollen wir die Emissionen um mindestens 20 Prozent senken und den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch auf 20 Prozent erhöhen. Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßt diese Zielsetzungen.

Die Kommission hat nun Richtlinienvorschläge zur Erreichung dieser Ziele gemacht. Hier geht es in der Tat um Klimaschutz. Aber es sind auch andere Ziele der Europäischen Union massiv betroffen: die Artenvielfalt in der Welt, die soziale Tragfähigkeit der Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Klimaschutz darf nicht zur Energiearmut führen. Er darf auch nicht zum Abholzen der Regenwälder und nicht zu simplen Produktionsverlagerungen in Ökodumpingländern führen.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Deshalb müssen wir uns im Parlament – bei aller Zustimmung zu den Klimaschutzzielen der EU – mit den Details der Regelungen auseinandersetzen. Wir können dies nicht der Regierung überlassen. Deswegen wollen wir heute mit der Debatte über die beiden vorgelegten Anträge die Diskussion eröffnen.

Die Emissionshandels-Richtlinie regelt unter anderem die Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Hier wird Deutschland durch das späte Basisjahr 2005 benachteiligt. Wir haben früh mit dem Klimaschutz begonnen – früher als andere Länder. Das späte Basisjahr hat eben nichts mit Klimaschutz zu tun. Es hat vielmehr damit zu tun, dass hier ein Verteilungskampf um die künftigen Versteigerungserlöse tobt. Deswegen erwarte ich von der Bundesregierung, dass sie in Brüssel ganz klar die Interessen der Bundesrepublik Deutschland vertritt.

(Beifall bei der FDP)

Erfreulich ist, dass die Emissionsrechte im Stromsektor vollständig versteigert werden sollen. Das ist marktwirtschaftlich und beendet die Zusatzprofite der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel. Nicht akzeptabel ist dagegen, dass die EU – wenn auch in abgeschwächter Form – Vorgaben für die Verwendung der Versteigerungserlöse machen will; denn die Rahmenbedingungen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Deshalb sollte über diese Regeln national entschieden werden.

In Deutschland haben wir bereits eine hohe Steuerlast auf Energie. Die FDP ist deshalb der Meinung: Wenn wir die Emissionsrechte im Stromsektor vollständig ver-

steigern, dann muss das Geld den Verbraucherinnen und Verbrauchern durch eine Senkung oder Abschaffung der Stromsteuer zurückgegeben werden. Das würde den Emissionshandel tatsächlich verbraucherfreundlich machen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, solange wir kein globales Klimaschutzabkommen haben, gilt es, darauf zu achten, dass diejenigen Unternehmen, die energieintensiv produzieren müssen und zugleich im globalen Wettbewerb stehen, faire Wettbewerbschancen haben; denn es hilft der Umwelt nicht, wenn Stahl, Papier und Zement statt in der EU in China oder der Ukraine produziert werden. Wir stehen in der Tat vor einem Dilemma, das wir nicht wegdiskutieren können: Marktwirtschaftlich wäre es einerseits zwar sinnvoll, die Emissionsrechte zu versteigern, andererseits würde den Unternehmen dadurch aber Vermögen entzogen werden, das sie im internationalen Wettbewerb brauchen; denn anders als die Stromkonzerne können sie diese Kosten nicht einfach auf die Preise aufschlagen und damit auf die Verbraucher abwälzen.

Die Lösung der EU-Kommission, die Emissionsrechte an diese Unternehmen zu verschenken, ist aus unserer Sicht nur die zweitbeste Lösung; denn die kostenlose Vergabe öffnet Lobbyisten Tür und Tor, nach dem Motto: Ich setze mich dafür ein, dass meine Branche mehr Zertifikate erhält; davon sollen die Politiker überzeugt werden.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre möglich, die Emissionsrechte auch an energieintensive Unternehmen über eine Versteigerung zu vergeben. Allerdings müsste man das mit einem intelligenten Rückerstattungssystem verbinden, sodass die Preisanreize des Emissionshandels greifen, der Steuerungsmechanismus erhalten bleibt und den Branchen nicht das für den Wettbewerb notwendige Vermögen entzogen wird. Diese Idee sollte man aus unserer Sicht als Alternative zum Vorschlag der EU-Kommission in die Diskussion einbringen.

Geradezu schädlich – das sollte man hier auch ansprechen – ist der Vorschlag, der aus Frankreich kommt. Ich sehe mit Sorge, dass sich Teile der EU-Kommission für diesen Vorschlag offen zeigen. Der französische Vorschlag lautet: Wenn wir Klimaschutz betreiben, andere Länder aber nicht, dann erheben wir auf deren Produkte einfach einen Zoll, und schon ist der Preisunterschied ausgeglichen. Das ist naiv und in hohem Maße gefährlich; denn solche protektionistischen Maßnahmen werden nicht ohne Gegenwehr bleiben. Ein Exportland wie Deutschland kann es sich nicht leisten, seine wirtschaftlichen Chancen auf den Märkten durch solche Abschottungsmaßnahmen zu gefährden.

(Beifall bei der FDP)

Die Richtlinie zu den erneuerbaren Energien enthält unter anderem das 10-Prozent-Sonderziel für erneuerbare Energien im Bereich Verkehr. Wir sind sehr wohl dafür, einen 20-prozentigen Anteil der erneuerbaren

Michael Kauch

- (A) Energien am Primärenergieverbrauch anzustreben. Wir müssen uns allerdings überlegen, ob es Sinn macht, einen einzelnen Sektor hervorzuheben, indem man für ihn ein Sonderziel vereinbart, während man für die anderen Sektoren keine rechtsverbindliche und vor allen Dingen keine EU-einheitliche Vereinbarung trifft.

10 Prozent erneuerbare Energien im Bereich Verkehr bedeuten 10 Prozent Biokraftstoffe. 10 Prozent Biokraftstoffe bedeuten in Portugal beispielsweise Wasserknappheit im Norden des Landes. Vor allem bedeutet das aber einen Importdruck für die Regenwaldregionen; darüber haben wir am Mittwoch schon gesprochen.

Die Europäische Union muss auf Aspekte der Nachhaltigkeit schauen. Solange wir in der Praxis keine Zertifizierungssysteme haben, sondern nur auf dem Papier, darf die Vereinbarung über dieses Sonderziel nicht in Kraft gesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir abschließend den Hinweis, dass wir uns auch andere Punkte dieser Richtlinie noch einmal genau anschauen müssen. Wir müssen prüfen, ob nationale Entscheidungen, die wir gerade getroffen haben, nicht durch die Richtlinie ausgehebelt werden. Das gilt beispielsweise für das Thema Nutzungspflicht bei Altbauten. Hier stellt sich die Frage, ob die Formulierung in der Richtlinie unsere Entscheidung rückgängig machen soll. Wir müssen aufpassen, dass die Entscheidungen, die wir in diesem Parlament getroffen haben, nicht durch die Regierung im Ministerrat ausgehebelt werden.

- (B) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Marie-Luise Dött, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Klimaschutz ist ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt mit Wirkungen weit über die ökologische Dimension hinaus. Die FDP hat mit der Formulierung des Antragstitels den Nagel auf den Kopf getroffen: „Klima schützen, Stromverbraucher entlasten, Wettbewerb stärken“. Genau in diesem Zieldreieck muss sich nationale, aber natürlich auch europäische Klimapolitik bewegen.

Das Beispiel Ethanol hat gezeigt, dass ambitionierter Klimaschutz mehr ist als CO₂-Minderung. Klimaschutz muss stärker als eine wirtschaftliche Optimierungsaufgabe verstanden werden. Energiepreiswirkungen, CO₂-Vermeidungskosten, Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts sowie Beschäftigungswirkungen müssen stärker in die Beurteilung einzelner Klimapolitiken einbezogen werden.

Natürlich ist Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben, aber Klimaschutz ist auch kein Freibrief für die

Politik, Bürger und Unternehmen mit einem Regulierungsnetz bis hin zum Tank im Heizungskeller, bis hin zum Stromzähler ständig zur Kasse zu bitten. Hierüber müssen wir bei den jetzt anstehenden Verhandlungen zum Paket I des Integrierten Klima- und Energieprogramms ausführlich diskutieren. Hierüber werden wir auch mit der Europäischen Kommission im Kontext des europäischen Energie- und Klimapaketes reden müssen.

Klimaschutz ist und bleibt ein zentrales europäisches Projekt. Mit dem von der EU-Kommission vorgelegten Energie- und Klimapaket sollen die im März 2007 von den Staats- und Regierungschefs der EU verabschiedeten Ziele zur europäischen Klimapolitik umgesetzt werden. Nach den ambitionierten Verhandlungen auf dem Weltklimagipfel auf Bali bleibt die Europäische Union Vorreiter und Motor im internationalen Klimaschutz. Gleichwohl zeigt bereits ein erster Blick auf die vorgelegten Vorschläge, dass weitere Diskussionen und Überarbeitungen notwendig sind.

Die Kommission hat mit der Reduzierung der Treibhausgase in den einzelnen Mitgliedstaaten, der Förderung der erneuerbaren Energien, der Weiterentwicklung des Emissionshandels sowie der CO₂-Abscheidung und -Ablagerung wichtige klimapolitische Handlungsfelder beschrieben. Eine europäische Politik in diesen Bereichen hat nicht nur das Potenzial, den Klimaschutz voranzubringen, sondern sie kann und muss auch dafür sorgen, dass dies mit einer gerechten Lastenverteilung – oder vielleicht besser gesagt: Aufgabenzuweisung – und der Sicherung einer größtmöglichen Subsidiarität geschieht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, genau da liegen derzeit die wesentlichen Probleme des europäischen Energie- und Klimapakets. Denn einmal mehr hat die Kommission die Tendenz, sehr konkrete Maßnahmen vorzugeben. Das beste Argument gegen diesen Trend ist die erfolgreiche Umsetzung unseres nationalen Energie- und Klimaprogramms. Die beiden Anträge der FDP weisen – wenn auch nur punktuell – auf einige Ansätze der Kommission hin und enthalten erste Vorschläge für die künftigen Diskussionen über die Weiterentwicklung, die durchaus beachtenswert sind. Zu Recht ist ein Hauptkritikpunkt der FDP die Regelungstiefe, die die Kommission einmal mehr beansprucht. Ein gutes Beispiel dafür ist die geplante Einführung einer Nutzungspflicht für erneuerbare Wärme im Gebäudebestand; Herr Kauch sprach das schon an. Genau diesen Ansatz haben wir gemeinsam aus unserem nationalen Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz herausgenommen, weil wir Überforderungen, die durchaus zu sozialen Härten für Hausbesitzer führen können, vermeiden wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es macht keinen Sinn, dass sich die Bundesregierung mit ihrem Regulierungsanspruch aus dem Heizungskeller der Bürger zurückzieht, wenn dafür die Europäische Kommission dort einzieht. Wie für die nationale Klimaschutzpolitik müssen auch hier die Prüfkriterien ökologischer Wirksamkeit, sozialer Verträglichkeit und

Marie-Luise Dött

- (A) wirtschaftlicher Kompetenz an die Vorschläge der Kommission angelegt werden.

Es gibt auch aus unserer Sicht eine ganze Reihe von zentralen Forderungen zu Änderungen bei den Vorschlägen der Kommission. Hier geht es nicht um Feinjustierungen, sondern um Grundsätzliches. So muss aus unserer Sicht noch einmal über die Festlegung des Basisjahres 2005 für die Emissionsminderungen diskutiert werden.

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: Richtig!)

Mitgliedsstaaten, die bis 2005 kaum Anstrengungen unternommen haben und von ihren eigenen Klimazielen noch weit entfernt sind, würden davon bevorteilt. Länder, die bereits vor 2005 erhebliche Minderungen erreicht haben – dazu gehört Deutschland –, würden benachteiligt.

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: Ganz genau so ist das!)

Ich kann nicht nachvollziehen – ich wusste, dass das Argument kommt –, wieso die sogenannten Early Actions behandelt werden, als wären uns diese CO₂-Minderungen quasi in den Schoß gefallen. Jeder weiß doch, welche Anstrengungen gerade der strukturelle Umbau in den neuen Bundesländern gekostet hat. Wir haben Milliardenbeträge aufgewendet, um die energetische Basis in den neuen Bundesländern umzustellen, und zwar auch für den Klimaschutz. Das gilt übrigens auch für andere europäische Partner aus dem ehemaligen Ostblock.

- (B) Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, den wir kritisch beurteilen, ist die Aufteilung der Minderungsvorgaben auf die Mitgliedstaaten. Darüber muss noch einmal diskutiert werden. Die derzeitige augenscheinliche Sonderbehandlung einiger Staaten muss gerade unter dem Aspekt einer fairen Lastenteilung geprüft werden.

Ein dritter Schwerpunkt, bei dem dringend nachgebessert werden muss, ist die künftige Gestaltung des Emissionshandels. Die im aktuellen Vorschlag von EU-Umweltkommissar Dimas vorgesehene vollständige Versteigerung der Zertifikate für alle Branchen ist so nicht akzeptabel. Darauf hat die Bundeskanzlerin beim Europäischen Rat im März dieses Jahres bereits nachdrücklich hingewiesen. Es muss darüber nachgedacht werden, solchen Unternehmen, die ihre Klimaschutzpotenziale nach dem aktuellen Stand der Technik bereits ausgereizt haben, kostenlos Zertifikate zuzuteilen.

(Bettina Herlitzius [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das reicht aber nicht!)

Es macht keinen Sinn, Minderungen zu verlangen, die weder technisch noch wirtschaftlich erreichbar sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein europäischer Emissionshandel darf nicht dazu führen, dass sich energieintensive Bereiche wie die Stahl-, Chemie-, Zement-, Glas- und Papierindustrie aus Europa zurückziehen und ihre Standorte in andere Regionen der Welt verlagern.

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: So ist es!)

(C)

Daraus würden nicht nur erhebliche Probleme für Wachstum und Beschäftigung resultieren, sondern auch klimapolitisch würden Produktionsverlagerungen mehr Schaden als Nutzen bringen.

Wir brauchen bei der Versteigerung der Emissionszertifikate Lösungen, die die technologischen Bedingungen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit gerade energieintensiver Branchen berücksichtigen.

(Beifall des Abg. Ulrich Petzold [CDU/CSU])

Branchenlösungen, also die Ermöglichung von brancheninternen Handelsmechanismen, sollten auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden.

Wichtig ist, dass wir die Diskussion über die Ausgestaltung des künftigen Emissionshandels bereits jetzt führen. Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass Entscheidungen über Minderungsvorgaben und -mechanismen nicht erst, wie die Kommission plant, im Jahre 2011 getroffen werden. Der Vorschlag der Kommission ist zwar ehrenwert; denn zu diesem Zeitpunkt kann man die internationale Wettbewerbssituation aktuell einschätzen. Aber, meine Damen und Herren, kein Unternehmen wird in der Zwischenzeit Investitionen in Europa planen, wenn erst 2011 eine Kalkulation der Kosten am vorgesehenen Standort möglich ist. Hier geht es nämlich nicht um Peanuts.

Es wurde ermittelt, dass der chemischen Industrie durch den Emissionshandel im Jahre 2020 Zusatzkosten in Höhe von fast 2 Milliarden Euro drohen. Wie real diese Gefahr ist, war gestern in der *FAZ* nachzulesen. BASF hat wegen der Unsicherheiten im Hinblick auf den Emissionshandel eine 1,5-Milliarden-Euro-Investition in eine Kohlevergasungsanlage am Standort Ludwigshafen vorerst zurückgestellt. Klimapolitik ist einmal mehr auch Politik für den Wirtschaftsstandort.

Ich will zum Schluss sagen: Wir brauchen eine in sich stimmige, kohärente Antwort auf die Brüsseler Vorschläge, die den Nachweis erbringt, dass die Klimaziele erreicht werden und dass die Gesamtstrategie sowie die einzelnen Maßnahmen sozial ausgewogen und wirtschaftlich verträglich sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Eva Bulling-Schröter, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir den Tropenwaldschutz ernst nehmen und die Kleinbauern und Waldbewohner im Süden vor Vertreibung schützen wollen, dann müssen die Agrokraftstoffquoten deutlich gesenkt oder ganz ausgesetzt werden. Die Linke fordert auf europäischer Ebene das Gleiche wie die FDP in ihrem Antrag.

Eva Bulling-Schröter

- (A) Am Mittwoch dieser Woche haben wir diese Diskussion schon einmal geführt. Da hat Umweltminister Gabriel behauptet, die Linke habe in der Vergangenheit höhere Agrokraftstoffquoten gefordert. Woher er das hat, weiß ich nicht. Allerdings möchte ich betonen: Wir haben die Steuerbefreiung für biogene Reinkraftstoffe und die Abschaffung der Zwangsbeimischung gefordert. Das ist für uns aber etwas ganz anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Sicherlich standen auch wir den Agrotreibstoffen anfangs euphorischer gegenüber, als wir es heute tun. Dass wir diese aber im Wesentlichen aus Europa bzw. Deutschland beziehen sollten, vertreten wir schon lange. Wenn wir darauf verzichten, Biomasse in flüssige Kraftstoffe zu verwandeln, jedenfalls jenseits lokaler Verwendungen, beispielsweise in landwirtschaftlichen Betrieben oder – diesen guten Vorschlag habe ich von der Koalition gehört – in Zukunft auch im öffentlichen Nahverkehr – ich sage noch einmal, dass ich diesen Vorschlag gut finde –, dann leisten wir

(Ulrich Kelber [SPD]: Nur den der SPD, aber es wird hoffentlich einer der Koalition!)

– okay – einen Beitrag dazu, den gegenwärtig rasanten Anstieg der Nahrungsmittelpreise abzubremsen.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Agrokraftstoffe sind sicher nicht der einzige Grund für die Preisexplosionen, aber ein wichtiger. Die Weltbank hat letztes Wochenende in Bezug darauf vor der Gefahr einer wachsenden Verarmung in etlichen Regionen der Welt gewarnt. Mittlerweile gibt es wegen der Preisexplosionen Hungerrevolten und gewaltsame Proteste in Haiti oder Indonesien. Ich muss hier nicht nur die Weltbank nennen, ich kann auch auf „Misereor“ oder „Brot für die Welt“ hinweisen.

Was den zweiten FDP-Antrag zum EU-Emissionshandel ab 2012 betrifft, so können wir einigen Forderungen folgen, anderen aber nicht. Zunächst möchte ich sagen: Die Linke unterstützt den Systemwechsel im europäischen Emissionshandelssystem. Das heißt, ein einheitliches Minderungsziel anstelle nationaler Zuteilungspläne. Das wird auch Tricksereien einzelner Länder vermeiden helfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ferner wird die vorgesehene Versteigerung der Emissionsrechte an die Energiewirtschaft zu 100 Prozent dem Ganzen erstmals eine nennenswerte Lenkungswirkung natürlich nur dann geben, wenn es anspruchsvolle Emissionsobergrenzen gibt. Wir fordern im Unterschied zur FDP für Europa das Ziel, den Ausstoß der Emissionen gegenüber 1990 um 30 Prozent zu senken.

(Frank Schwabe [SPD]: Das fordert die FDP doch auch!)

Das Minderungsziel von 20 Prozent reicht eben nicht, um einen wirksamen Beitrag Europas dazu zu leisten, dass die Erwärmung nicht über 2 Grad ansteigt. Entspre-

- chend diesem höheren Ziel müssten dann auch die Vorgaben für das Emissionshandelssystem verschärft werden. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden es nicht zielführend, dass in der EU-Richtlinie nur von einem Minderungsziel von 20 Prozent ausgegangen wird. Die Einstellung, nach dem Post-Kioto-Abkommen das Minderungsziel auf 30 Prozent zu erhöhen, halten wir für inkonsequent. Wir wollen etwas anderes. Wir wollen, dass das Ziel einer Minderung der Treibhausgase um 30 Prozent schon jetzt aufgenommen wird. Noch einmal: Wir müssen hier nicht auf die USA warten. Wir müssen von Anfang an mit dem 30-Prozent-Ziel in den Ring steigen, damit auch stark wachsende Staaten wie China oder Indien dazu bewegt werden, einem verbindlichen Klimaschutzregime zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wissen, dass die Energieversorger bislang Milliarden an Windfall-Profits einstreichen, weil ihnen die wertvollen Emissionsrechte geschenkt werden. Das könnte ab 2012 Geschichte sein, wenn, ja wenn Wirtschaftsminister Glos endlich aufhören würde, in Brüssel dazwischenzufunken.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Hey, hey, hey!)

- Es ist unglaublich, dass Deutschland offensichtlich schon wieder – ich wiederhole: schon wieder – ein sinnvolles und gerechtes Emissionshandelssystem verhindern will. Herr Glos – leider ist er nicht hier –, ich sage Ihnen: Halten Sie sich zurück! Auch ein Wirtschaftsminister sollte noch andere Ziele im Kopf haben, als seiner Klientel maximale Profite zuzuschauen. (D)

Im Gegensatz zur FDP gefällt uns die Idee der Kommission, mindestens 20 Prozent der Versteigerungseinnahmen unter anderem für die soziale Abfederung höherer Energiepreise einzusetzen, sehr gut. Diesen Anteil würden wir gerne noch erhöhen.

Ich komme zum Schluss. Ich wundere mich schon sehr, wie von verschiedenen Seiten über die Energiepreise gesprochen wird. Ich möchte Sie daran erinnern: Unter Kohl war mit dem Energiewirtschaftsgesetz klar, dass dieses Gesetz zu weiteren Oligopolen und damit zu höheren Preisen führt. Dagegen haben Sie nichts getan. Ich kann Ihnen nur sagen: Unterm Strich könnte der Ausstoß von Kohlendioxid ab 2012 ziemlich teuer werden.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, darf ich Sie an Ihre Redezeit erinnern?

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Es spricht einiges dafür, dass sich Kohlekraftwerke dann nicht mehr rechnen. Wir setzen weiter auf Versteigerung.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Frank Schwabe, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frank Schwabe (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! So eine Debatte ist, zumal uns von den Tribünen aus viele junge Leute zuschauen, eine gute Gelegenheit, Revue passieren zu lassen, welche Diskussionen es in den letzten Jahren über den Klimaschutz gegeben hat.

Wir beschäftigen uns seit etwa zwei Jahren intensiv mit dem Thema Klimawandel. Die Wissenschaft gewinnt immer mehr Erkenntnisse. Auch wenn manche Medien versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken, muss man festhalten: Es gibt keine neueren Erkenntnisse, die den Schluss zuließen, dass der Klimawandel unproblematisch würde. Vielmehr geht die Eisschmelze weiter, und die Wüstenbildung schreitet voran.

Das Thema Klimawandel ist eng verbunden mit der sozialen Frage. Es sind nämlich die armen Länder, die, wie mehrfach gesagt wurde, die Lasten des Klimawandels, den die reichen Länder verursachen, zu tragen haben. Die soziale Frage spielt aber auch in der nationalen Debatte eine Rolle. Wir, die sozialdemokratische Partei, werden in den nächsten Monaten intensiv darüber diskutieren, wie wir die Energiepreissteigerungen sozial gerecht abfedern können. Das Thema Klimawandel ist aber auch eng mit der Wirtschafts- und Innovationspolitik verbunden: Die Politik, die angesichts des Klimawandels notwendig ist, bietet die Chance, Innovationen in Deutschland voranzutreiben und neue Wirtschaftsfelder zu entwickeln; das haben wir ja in den letzten Jahren begonnen.

Bei der Bekämpfung des Klimawandels muss – dafür treten wir im Deutschen Bundestag, wie ich denke, gemeinsam ein – Europa eine Führungsrolle einnehmen. Die SPD begrüßt die Vorschläge der EU-Kommission zur Aufteilung der Verantwortung zur CO₂-Reduktion, die Vorschläge zum Emissionshandel, für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den Vorschlag zur Speicherung von CO₂. Auch die Vorschläge zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sind wegweisend. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir bei aller Kritik im Detail betonen, dass die Vorschläge, die die Kommission vorgelegt hat, hervorragend sind. Diese Vorschläge verdienen Deutschlands Unterstützung; das sollte auch der Deutsche Bundestag bekunden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist mutig, dass das elende Gefeiße um die nationalen Allokationspläne beendet wird. Es wird jetzt eine Einheitlichkeit in Europa geben, durch die Wettbewerbsverzerrungen zumindest teilweise vermieden werden. Die Unternehmen bekommen dadurch, dass die dritte Handelsperiode länger dauern wird, Planungssicherheit. Ich will ferner ausdrücklich erwähnen, dass in Zukunft

weitere Treibhausgase in den Emissionshandel einbezogen werden. **(C)**

Besonders gut finde ich – da habe ich eine andere Wahrnehmung als die Kollegin Bulling-Schröter –, dass sich die EU-Kommission klar zu einer 30-prozentigen Senkung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 bekennt. In der konkreten Ausarbeitung der Vorschläge wird von einer Senkung um 20 Prozent ausgegangen; es ist aber eine Klausel eingebaut, die deutlich macht, dass wir eigentlich eine Senkung um 30 Prozent wollen.

Ich vermisse an dieser Stelle den Widerspruch der FDP; der FDP ist ja unterstellt worden, dass sie eine Senkung um 30 Prozent nicht wolle. Ich habe aus dem Antrag der FDP herauslesen können, dass sich auch die FDP damit einverstanden erklären kann, dass wir uns zu einer Senkung um 30 Prozent verpflichten, und zwar unter der Bedingung, dass es zu einem internationalen Abkommen kommt. Die FDP hat sich allerdings bisher nicht dazu durchringen können, für Deutschland eine Senkung des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent anzustreben, wie es die Position der Bundesregierung ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei aller Unterstützung im Grundsätzlichen gibt es natürlich durchaus Diskussionsbedarf; die FDP hat ihn in ihren Anträgen benannt. Allerdings ist die Sachlage nicht immer so, wie es dargestellt wurde. Nehmen wir zum Beispiel die Frage des Basisjahres. Natürlich hat jede Verschiebung des Basisjahres eine andere Verteilung der Lasten auf die verschiedenen Länder Europas zur Folge. Das betrifft aber vor allen Dingen die osteuropäischen und die südeuropäischen Staaten; für Deutschland ist das gehupft wie gesprungen. Wir haben Nachteile dadurch, dass die südeuropäischen Staaten jetzt besser gestellt werden; aber wir haben zugleich Vorteile dadurch, dass die osteuropäischen Staaten schlechter gestellt werden. Deswegen ist das eigentlich eine Diskussion, die zwischen Osteuropa und Südeuropa geführt werden muss. Für uns ist die Frage, in welchen Bereichen der Wirtschaft auktioniert wird, woher die Auktionserlöse kommen, viel spannender. **(D)**

Nehmen wir einmal an, im Energiebereich wird es eine 100-prozentige Auktionierung geben, wofür wir hier, glaube ich, fraktionsübergreifend eintreten. Dann wird von Deutschland ein besonders hoher Anteil in das System gezahlt werden. Wenn wir zum Beispiel im Bereich der Industrie keine 100-prozentige Auktionierung erreichen, dann werden andere Staaten weniger in das System einzahlen. Dann stellt sich die Frage, wie eigentlich der Verteilungsmechanismus aussieht. Wie wird die Rückverteilung des eingenommenen Geldes auf die nationalstaatlichen Ebenen aussehen? Die Debatte über die Verteilungswirkungen wird sehr spannend sein. Das Jahr 2005 wird in der Debatte zwar eine Rolle spielen, aber ich glaube, das wird nicht entscheidend für Deutschland sein.

Ein zweiter Punkt ist die CDM-Quote. Es geht um die Frage, wie man über flexible Mechanismen international seine Verpflichtungen erfüllen kann. Das ist ein wichti-

Frank Schwabe

- (A) ges Instrument. Ich warne allerdings davor – ich habe das schon mehrfach getan –, dass dort eine Goldgräberstimmung ausbricht. Wir müssen vor allen Dingen zusehen – darüber sind wir uns in diesem Deutschen Bundestag ja auch einig –, dass wir durch eine übergreifende Vereinbarung die Integrität der CDM-Projekte sicherstellen.

Die EU-Kommission geht zumindest im Hinblick auf die 20-prozentige Senkung bis zum Jahre 2020 davon aus, dass wir sehr restriktiv mit den CDMs umgehen werden. Auch das wird auf Deutschland allerdings nur relativ geringe Auswirkungen haben, weil man das Volumen aus der zweiten Handelsperiode, das man nicht eingesetzt hat – wir sind in der zweiten Handelsperiode sehr großzügig damit umgegangen –, in die dritte Handelsperiode überführen kann. Also wird es für Deutschland an dieser Stelle gar keine Bedeutung haben, dass die CDM-Quote sehr restriktiv ausgelegt wird.

Der Umgang mit den energieintensiven Industrien wird sicherlich ein wichtiges Thema sein, wobei ich sage, dass es für die Position der Kommission gute Argumente gibt. Sie sagt, dass sie das heute noch nicht entscheiden kann, weil sie dann Vorfestlegungen für die internationale Debatte treffen würde, wodurch ihre Rolle und ihr Verhandlungsmandat geschwächt würden. Es ist aber gar keine Frage: Wir brauchen auch Investitionssicherheit für die Industrien. Deswegen gilt an der Stelle: Wir müssen so schnell wie möglich zu Ergebnissen kommen. Wir müssen allerdings auch so gründlich wie nötig vorgehen, weil nicht ganz klar ist, wie die Abgrenzung aussehen wird. Was sind eigentlich energieintensive Industrien? Auf europäischer Ebene gibt es darüber durchaus intensive und nachvollziehbare Debatten.

- (B) Eines will ich noch zum Thema Mittelverwendung und Stromsteuer sagen. Herr Kauch, wenn das alles so einfach wäre, dann wäre es schön; denn dann könnte man die Auktionierungserlöse über die Stromsteuer zurückgeben. Ich fürchte nur, dass der Preisbildungsmechanismus anders aussehen wird. Wir werden den Monopolunternehmen der großen Energieversorger eher noch zusätzliche Gewinne bescheren. Ich fürchte, das, was wir im Bereich der Windfall-Profits gerade kritisch diskutieren – wir wollen dort abschöpfen –, würden wir ihnen an der Stelle noch zusätzlich geben. Insofern glaube ich, dass es falsch ist, an dieser Stelle eine Stromsteuer vorzuschlagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben jetzt Zweierlei zu tun: Zum einen müssen wir in der nationalen Debatte für Glaubwürdigkeit sorgen und die Meseberg-Beschlüsse so umsetzen, dass es zu einer wirklich effektiven Gesetzgebung kommt. Das tun wir in den nächsten Monaten. Zum anderen haben wir als Große Koalition – das sage ich ausdrücklich – die Aufgabe, gemeinsam zu überlegen – dabei sollte nicht der eine Minister mit dem Finger auf den anderen zeigen –, wie wir das, was wir in Meseberg beschlossen haben, noch steigern können, bis wir das 40-Prozent-Ziel erreicht haben, welches wir uns gemeinsam vorgenommen haben.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

(C)

Frank Schwabe (SPD):

Mache ich. – Noch einmal: Wir sollten jetzt kritisch und aus der deutschen Perspektive heraus auch sehr selbstbewusst über die europäischen Vorschläge diskutieren und das Signal ausgeben, dass die Kommission erst einmal unsere grundsätzliche Unterstützung für die Linie hat, die sie vorgibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Als Nächstes hat der Kollege Hans-Josef Fell für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kauch, als ich Ihren Antrag „Weichenstellungen zur Förderung erneuerbarer Energien in der Europäischen Union – Wettbewerb der Lösungen stärken, Regenwälder wirksam schützen“ gelesen habe, ist mir der Werdegang der erneuerbaren Energien in den letzten Jahrzehnten in Deutschland durch den Kopf geschossen.

Vor zwanzig, dreißig Jahren hat sie kaum jemand gekannt. Vor zehn Jahren haben viele Leute sie für Unsinn gehalten und massiv bekämpft. Heute gibt es ganz viele – fast ausschließlich – Befürworter. Jeder steht hinter den erneuerbaren Energien, aber unter den Befürwortern gibt es eine besondere Kategorie: Sie machen unter dem Deckmantel des Befürwortens Vorschläge zur Ablehnung. Das ist in Ihrem Antrag der Fall.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Sie fordern in Ihrem Antrag, auf europäischer Ebene den Handel mit Grünstromzertifikaten einzuführen. Das entspricht genau dem hochgefährlichen Vorschlag der EU-Kommission zur Abschaffung der Einspeisevergütung in Europa,

(Michael Kauch [FDP]: Sie verwechseln Ziel und Instrument!)

den viele Länder übernommen haben. Dieser Vorschlag wird vor allem von Großbritannien vorangetrieben, das bei der Einführung erneuerbarer Energien völlig versagt hat. Ich erinnere nur an das Beispiel Windenergie in Großbritannien. Dort wird ein ähnliches Quoten-Zertifikatsmodell, wie Sie es zusammen mit der EU-Kommission vorschlagen, seit Jahren praktiziert. In Großbritannien ist der Wind bekanntlich viel stärker als in Deutschland, aber es verfügt nur über 10 Prozent der deutschen Windkraftleistungen. Die Windstromkosten in Großbritannien betragen 13 Cent pro Kilowattstunde. In Deutschland sind es 7 Cent. Das bezeichnen Sie als ein effizienteres und erfolgreicherer Modell.

(D)

Hans-Josef Fell

- (A) Sie lehnen unter dem Deckmantel des Befürworters die erneuerbaren Energien ab,

(Michael Kauch [FDP]: Das ist ja absurd!)

indem Sie die untauglichen Modelle in den Vordergrund rücken und dabei sogar übersehen, dass Sie Ihre eigenen – vonseiten der Freien Demokraten auch wünschenswerten – Zielvorstellungen konterkarieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie sprechen von Bürokratieabbau. Was bedeutet denn der Kommissionsvorschlag? Von der lokalen über die mittlere bis zur nationalen Ebene sollen neue Behörden aufgebaut werden, die die Grünstromzertifikate erfassen und sammeln und den Handel kontrollieren müssen. Das ist ein Höchstmaß an Bürokratie. Dafür stehen Sie als FDP. Zu solchen Vorschlägen zum Bürokratieabbau kann man nur gratulieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich näher mit Ihrem Antrag befasst, dann wird die Widersprüchlichkeit Ihrer Programmatik deutlich. Sie sprechen von einem marktwirtschaftlichen Mengensteuerungsmodell. Eine Menge festzulegen, hat sicherlich nichts mit dem Markt zu tun. Steuernd einzugreifen hat ebenfalls nichts mit dem Markt zu tun. Sie aber wollen ein marktwirtschaftliches Mengensteuerungsmodell einführen. Welch ein Widerspruch in sich!

- (B) In Ihrem anderen Antrag geht es ähnlich weiter. Wo Sie den Klimaschutz betonen, machen Sie ebenfalls untaugliche Vorschläge, statt umsetzbare Vorschläge in den Mittelpunkt zu rücken. Sie setzen allein auf das Instrument Emissionshandel.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Fell, Herr Kauch würde gerne eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie sie zulassen?

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja.

Michael Kauch (FDP):

Vielen Dank. – Meine Frage bezieht sich auf das Mengensteuerungsmodell. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Mengensteuerungsmodell immer so gut ist wie seine Mengenvorgabe? Das heißt, wenn man niedrige Mengen vorgibt, wie es in Großbritannien der Fall war, dann kann nur wenig dabei herauskommen. Wenn aber die Mengenvorgabe exakt den Zielen der Europäischen Union angepasst wird, wie wir es vorschlagen, dann wird die entsprechende Menge – über den Preis kann man reden – systemimmanent umgesetzt.

Über die Frage, welche Variante kostengünstiger ist, müssen wir in der Tat reden. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich das von uns vorgeschlagene Modell etwas von dem unterscheidet, was die EU-Kommission vorschlägt. Zum Beispiel fordern wir zusätzliche Marktzuschüsse für die Fotovoltaik, die aber nach unse-

- ren Vorstellungen nicht über die Strompreise, sondern aus dem Bundeshaushalt finanziert werden sollen. (C)

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Kauch, Ihre Ausführungen zeigen, dass Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien sowohl in innovationskräftige neue Märkte hinein als auch in großen Mengen nicht wirklich wollen. Denn eine Mengenfestlegung bedeutet, dass diese Menge nicht überschritten werden soll. Damit ziehen Sie eine Bremse ein. Sie bremsen damit die Industrie, die mehr leisten könnte, als beispielsweise wir selbst geglaubt haben.

Wie Sie wissen, haben wir im Jahr 2000 keine Mengensteuerung, sondern eine Zielvorgabe in das Erneuerbare-Energien-Gesetz aufgenommen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll 2010 12,5 Prozent betragen. Wenn wir das als Menge festgelegt hätten, dann hätten wir das EEG schon wieder abschaffen müssen, weil wir dieses Ziel bereits 2007 mit 14 Prozent übererfüllt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist ein Erfolg, der mit einem ideologisch behafteten Mengensteuerungsmodell, wie Sie es vorschlagen, nicht möglich gewesen wäre.

Diese Gedankenwelt lässt sich auch bei Ihren anderen Anträgen zum Klimaschutz finden. Sie haben nicht den Mut, beim Klimaschutz die tauglichen Instrumente in den Mittelpunkt zu rücken. Ihre Kollegin Frau Kopp hat gestern Abend wiederum betont, sie lehne ein Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz völlig ab, weil es ein Eingriff in den Strommarkt sei. Ich frage mich, wo ein Strommarkt existiert. Es gibt einen Oligopolmarkt, aber keinen Markt. Insofern ist ein Eingriff des Staates nichts anderes als eine Unterstützung dafür, dass endlich ein Markt entsteht. Insofern ist Ihre Argumentation sehr fragwürdig. (D)

Sie lehnen aber nicht nur ein Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz ab, sondern auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das im Vergleich zu allen anderen Instrumenten die höchste Reduktion von CO₂-Emissionen in Deutschland bewirkt hat.

(Michael Kauch [FDP]: Das stimmt gar nicht!)

Sie lehnen die Ökosteuer und andere taugliche Instrumente ab. Stattdessen schlagen Sie allein einen Emissionshandel vor, aber ohne zu berücksichtigen, dass er funktionieren sollte. In Ihrem Antrag steht:

Auf dem Weg zu diesem Ziel ist zunächst vorzusehen, dass – wie von der EU-Kommission vorgeschlagen – die vollständige Auktionierung der CO₂-Zertifikate ab dem Jahr 2013 für jene Bereiche erfolgt, in denen eine Weitergabe von CO₂-Kosten ohne wesentliche negative Wettbewerbseffekte möglich ist ...

Wie machen Sie das denn? Wollen Sie dann die Kohlekraftwerke vom Handel mit CO₂-Zertifikaten befreien, weil sie sonst im Wettbewerb gegen Windräder nicht be-

Hans-Josef Fell

- (A) stehen könnten? Auf dem Strommarkt lässt sich das nicht wettbewerbskonform regeln. Deswegen ist Ihr Vorschlag – genauso wie der der EU-Kommission – völlig untauglich. Wenn Sie die CO₂-freie Stromerzeugung unterstützen wollen, dann müssen Sie akzeptieren, dass Kohlekraftwerke einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Anlagen haben, in denen Strom CO₂-frei erzeugt wird. Sonst lässt sich kein wirksamer Klimaschutz erreichen. Insofern sind Ihre Vorschläge untauglich. Das zeigt auch die Realität. Schauen Sie sich doch die neue WWF-Studie an! Dort wird genau aufgezeigt, wie der real existierende Emissionshandel – wir wollen etwas völlig anderes auf den Weg bringen – tatsächlich wirkt. Er hat in der ersten Handelsperiode faktisch fast keine Einsparungen an CO₂-Emissionen bewirkt, wohl aber den Konzernen über die Einpreisung der Zertifikate ungeheure Gewinne beschert. Dies ist nicht das Ziel eines Emissionshandels.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, das andere Ziel, das Ende der Redezeit, haben Sie erreicht.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In der zweiten Handelsperiode wird es ähnlich sein. So hat es der WWF aufgezeigt.

Herr Kauch, machen Sie endlich einen wirksamen Klimaschutz und eine wirksame Förderung der erneuerbaren Energien zu Ihrer Sache! Dann kommen wir zusammen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Georg Nüßlein hat das Wort für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Wir brauchen eine Harmonisierung der Klimaschutzziele auf europäischer Ebene, nicht aber eine Harmonisierung der Instrumente. Wir brauchen einen Wettbewerb der Instrumente. An dieser Stelle muss ich dem Kollegen Fell völlig recht geben: Das EEG hat sich bewährt. Deshalb müssen wir auf europäischer Ebene alles tun, den Wettbewerb der Instrumente aufrechtzuerhalten und das EEG zu sichern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat sich erfolgreich gegen einen Quotenhandel eingesetzt, bei dem sich die Versorger mit ihrer Marktmacht frei entscheiden können, von wem sie erneuerbare Energien kaufen. Wie sie das machen würden, brauche ich nicht zu erläutern. Das kann sich jeder sehr gut vorstellen. Sicherlich hat der Zertifikatehandel – der GO-Handel – zwischen den Staaten einen gewissen Charme; denn dann wird Solarenergie dort produ-

ziert, wo die Sonne scheint, und Windenergie, wo es viel Wind gibt. Aber dieser Handel birgt auch ganz massive Risiken. Etliche wurden schon genannt. Ich möchte noch auf Folgendes aufmerksam machen: Wenn auf europäischer Ebene Mengen vorgegeben würden, die es zu erfüllen gilt, käme es zu einer Nivellierung der Preise; denn auch bei einem Zertifikatesystem bildet sich ein einheitlicher, technologieunabhängiger Marktpreis, der sich nach den Grenzkosten der teuersten, mithilfe erneuerbarer Energien produzierten Kilowattstunde richtet. Ich wage zu bezweifeln, dass wir eine solche Nivellierung und einen solchen Stillstand wollen; denn dann werden sich die einen Länder anstrengen, während sich die anderen freikaufen. Das wäre ein schlechter Weg. Dagegen müssen wir uns auf europäischer Ebene positionieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt aber noch einige andere Punkte, über die man sich mit der Europäischen Union auseinandersetzen muss. Es ist inakzeptabel, dass man unter dem Deckmantel, Wettbewerb zu sichern, die Gelegenheit nutzt, den Wettbewerb gezielt zu beeinflussen. Ich meine die Automobilindustrie. Wir sind nun einmal diejenigen, die die Premiumautomobile der Welt herstellen. Ich glaube, wir tun das mit einem gewissen Stolz. Wir wollen daran auch nichts ändern. Deshalb darf die EU keine Detailziele vorgeben. Diese Besonderheiten müssen angemessen und differenziert berücksichtigt werden. In dem Zusammenhang halte ich es auch für inakzeptabel, dass man jetzt über Kompensationszahlungen diskutiert – 20 Euro pro zu viel ausgestoßenem Gramm Kohlendioxid ab 2012, steigend auf 95 Euro – und dann unverhohlen über eine europäische Strafsteuer spricht. Die Europäische Union hat in diesem Land Gott sei Dank kein Steuerheberecht. Das soll sie und darf sie um Gottes Willen nicht bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man darf auch nicht den Umweltschutz als Deckmantel oder als Alibi benutzen, weil man ihn sonst in Zukunft als Einfallstor für viele Dinge nutzen kann. Das wollen wir, so meine ich, alle miteinander verhindern.

Lassen Sie mich einen Satz zum Thema Biosprit sagen. Das ist eine schwierige Diskussion, bei der alles vermischt worden ist. Bioethanol, Biodiesel – am Ende ist alles unter die Räder gekommen. Eines muss doch feststehen: Wir brauchen einen funktionierenden B-100-Markt. Wir brauchen angesichts dessen, was uns auf europäischer Ebene auferlegt werden wird, eine funktionierende deutsche Produktion, und wir brauchen WTO-konforme Zertifizierungssysteme. Niemand will das Abholzen der Regenwälder. Aber wir brauchen doch unter diesen Umständen etwas, was man im Übergang bis zu dem Zeitpunkt, an dem man die Zertifizierungssysteme hat, tatsächlich praktizieren kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass man so etwas regeln kann, dass man ganz klar festlegen kann, dass auf Quoten nur das angerechnet wird, was aus europäischer Produktion kommt oder über das der lückenlose Herkunftsnachweis geführt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Georg Nüßlein

- (A) Ich möchte die Marktwirtschaftler und die Politiker hören, die sagen, man müsse im Interesse des Freihandels das Abholzen der Regenwälder akzeptieren. Ich glaube, diese Leute gibt es nicht. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Diskussion sehr wohl durchstehen und den Import beschränken können, weil wir nicht wollen, dass Produkte importiert werden, die auf Kosten des Regenwaldes hergestellt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Satz zum Emissionshandel. Ich glaube, wir müssen noch einmal offen über den Emissionshandel diskutieren. Da hat sich einiges verändert. Der EuGH hat entschieden, dass die Ex-post-Kontrolle jetzt als Weg eröffnet ist und wir mit entsprechenden Benchmarks auch die Windfall-Profits reduzieren können. Im Übrigen hat sich eines nicht geändert: Wir haben immer noch ein Oligopol, Markteinschränkungen im Energiebereich. Unter diesem Aspekt muss man über die Frage diskutieren, wie wir den Emissionshandel so gestalten, dass am Ende nicht energieintensive Industrien, die physikalisch keine Einsparmöglichkeiten haben, aus diesem Land getrieben werden. Auch das ist im Sinne des Klimaschutzes, weil wir nachweisen müssen, dass Klimaschutz und Wachstum miteinander vereinbar sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Die Kollegin Gabriele Groneberg hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Groneberg (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir jetzt während der Debatte schon feststellen konnten, sind die vorgelegten Anträge der FDP-Fraktion, um das mit Verlaub festzustellen, nicht gerade sehr innovativ. Im Antrag zur Förderung erneuerbarer Energien in der EU beten Sie eigentlich genau das herunter, was wir größtenteils durch Regierungshandeln schon auf den Weg gebracht haben. Ich beziehe mich insbesondere auf die Nachhaltigkeitskriterien, die Sie für die Anerkennung von Importbiomasse fordern. Herr Kollege Nüßlein hat dazu gerade schon ausführlich Stellung genommen. Ich freue mich, dass jetzt auch die FDP im Boot ist und dasselbe fordert. Das trägt dazu bei, dass wir dies mit gemeinsamer Kraft durchsetzen können.

Mit der Gestaltung der deutschen Nachhaltigkeitsverordnung haben wir diese Kriterien schon definiert. Zurzeit liegt die deutsche Nachhaltigkeitsverordnung der EU-Kommission zur Notifizierung vor. Es wäre wirklich schön, wenn wir in diesem Punkt eine EU-weite Lösung bekämen; wir streben eine solche Lösung an. Nicht zu vergessen ist: Einer EU-weiten Lösung muss eine internationale Zertifizierung folgen; sie ist unbedingt erforderlich. Daran kann man erkennen, dass wir uns mit dieser Thematik sehr verantwortungsvoll auseinandersetzen.

(C) Auch in der Aktuellen Stunde am Mittwoch dieser Woche hier im Bundestag konnten wir über dieses Thema ausführlich diskutieren. Die Biokraftstoffproblematik ist eine Problematik, der wir uns stellen müssen. Frau Bulling-Schröter hat vorhin gesagt, man sei sehr euphorisch an die Sache herangegangen. Es ist immer so: Wenn man eine Chance sieht, bestimmte Techniken, die ökologisch nachhaltig sein können, weiterzuentwickeln, dann versucht man, diese Chance zu nutzen. Dass man im Laufe der Zeit feststellt, dass man manches vielleicht korrigieren muss, liegt in der Natur der Sache.

Die Forschung ist in vollem Gang. Wir sind sicher, dass wir gute Lösungen finden. Für uns steht über allem, dass wir eine sinnvolle und nachhaltige Nutzung von Biomasse unbedingt brauchen. Wir werden das in den anstehenden Entscheidungen in vollem Umfang berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Zum verantwortungsvollen Umgang gehört eben auch, dass wir in unsere Entscheidungsprozesse externen Sachverstand einbeziehen. Das haben wir hier im Bundestag in der letzten Zeit gemacht: Ausschussmitglieder aller Fraktionen haben sich unter anderem in gemeinsamen Anhörungen durch externen Sachverstand dazu schlaugemacht. Wir sind jetzt an der Reihe, genau das auszuwerten und entsprechende Entschlüsse zu fassen.

(D) Es ist richtig, dass wir bei der Quotenerhöhung behutsam vorgehen, zumal die durch die Industrieländer gesetzten Beimischungsquoten eine hohe entwicklungspolitische Relevanz haben; das ist überhaupt nicht zu bestreiten. Wenn wir diese Quoten so weiterführen, dann können sie tatsächlich nicht ohne erhebliche Importe von Biokraftstoffen und Biomasse aus Entwicklungsländern erfüllt werden. Das ist besonders im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen sehr wichtig. Darum ist es bedeutsam – Herr Kollege Nüßlein hat es bereits ausgeführt –, dass wir Grenzen ziehen, sodass klar ist, welche Importe wir zulassen werden und welche Importe wir nicht zulassen werden.

Der Zusammenhang zwischen Biomasseproduktion und steigenden Nahrungsmittelpreisen kann ebenfalls nicht mehr negiert werden. Auch dem werden wir uns natürlich stellen müssen. Die Befürchtungen sind berechtigt – das zeigt auch die aktuelle Reaktion der Weltbank –: Man warnt vor einer wachsenden Verarmung in bestimmten Regionen, und man stellt fest, dass man den Kampf gegen die Lebensmittelpreissteigerungen aufnehmen muss.

Die steigenden Lebensmittelpreise sind nicht allein – auch das muss man ganz deutlich sagen und der Ehrlichkeit halber immer wieder betonen – auf Biomasse oder Biosprit zurückzuführen. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle. Dass es letztendlich ein globales Problem ist, zeigen auch die Unruhen in allen Teilen der Welt, in Mexiko, Haiti oder Ägypten. Das Ganze wirkt sich auf alle Länder aus. Wir hier stehen in der Verantwortung, diese Länder mit ihren Problemen nicht alleinzulassen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Josef Göppel [CDU/CSU])

Gabriele Groneberg

- (A) Man muss in diesem Zusammenhang auch betonen, dass gerade für die ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern eine große Chance darin besteht, dass die Lebensmittelpreise wieder steigen. Jetzt lohnt es sich für die Bauern dort tatsächlich wieder, Ackerbau und Viehzucht zu betreiben und die Möglichkeiten der modernen Technik zu nutzen. Das darf in diesem Zusammenhang einfach nicht zu kurz kommen.

Angesichts der Auswirkungen, die unsere Entscheidungen in einer globalisierten Welt haben, müssen wir immer auch die sicherheitspolitischen und humanitären Implikationen berücksichtigen. Wir haben sie im Blick; ich kann Ihnen das versichern.

Dass diese Implikationen nicht berücksichtigt werden, stört mich an den Anträgen der FDP, insbesondere an demjenigen, der sich mit den Regenwäldern beschäftigt, ganz besonders. Herr Kauch, Sie haben noch nicht einmal die Forest Carbon Partnership Facility erwähnt, die im Zusammenhang mit dem Schutz der Regenwälder ganz bedeutsam ist. Dieses internationale Programm hat in Ihrem Antrag überhaupt keine Erwähnung gefunden.

Der im Antragstitel hergestellte Bezug zu den Regenwäldern ist für mich konstruiert. Es wäre schön gewesen, wenn Sie sich mit diesem Thema ein bisschen intensiver auseinandergesetzt hätten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Ich erspare mir weitere Bemerkungen zu den Grünstromzertifikaten; Herr Fell ist ausführlich darauf eingegangen. Wir unterstützen diese Position ausdrücklich.

(Beifall des Abg. Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ansonsten hat sich der Emissionshandel als ein zentrales Element des Klimaschutzes durchaus schon bewährt. Dass wir eine EU-weite Harmonisierung hinbekommen und ein verbindliches Zertifikatesystem erreichen, das erste Ansätze zur Vernetzung aufweist und insoweit weltweit ausbaufähig ist, als es in einer global vernetzten Welt letztlich in einen internationalen Zertifikatehandel einmünden kann, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Für die Entwicklungsländer gibt es wirkungsvolle Instrumente, die wir einsetzen können, etwa Joint Implementation und Clean Development Mechanism. Diese Zusammenarbeit hat sich schon bewährt, wenngleich die Instrumente gelegentlich sehr schwerfällig sind. So haben wir etwa bei den Transaktionskosten ebenso wie in der Anwendungspraxis ganz gewaltigen Nachbesserungsbedarf. Es hat sich in Afrika gezeigt, dass diese Instrumente nicht in der Form angewandt werden können, wie es erforderlich wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade zu diesem Punkt gäbe es noch viel zu sagen. Dazu fehlt mir heute leider die Zeit. Wir werden die Anträge natürlich in den Ausschüssen diskutieren, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, dass wir auch mit Ihnen noch zu einem Konsens auf dem Weg zu einem Ziel kommen, über

das wir uns zwar noch nicht ganz, aber wenigstens ziemlich einig sind. (C)

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/8074 und 16/8075 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Vereinbarte Debatte

Strategieplanung der EU-Kommission für 2009

Es ist verabredet, eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Als Erstem gebe ich das Wort dem Kollegen Thomas Dörflinger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir am heutigen Freitag eine vereinbarte Debatte über die Strategieplanung der Europäischen Kommission führen, weil das Jahr 2009, in dem auch die Europawahl stattfinden wird, zu einem entscheidenden Jahr für die Europäische Union werden könnte. (D)

Die Strategieplanung der Kommission weist insgesamt 80 Vorhaben auf. Wir werden nicht in der Lage sein, uns in den nun zur Verfügung stehenden 45 Minuten über 80 Vorhaben zu unterhalten. Daher wäre es vor dem Hintergrund dessen, was wir im Ausschuss miteinander besprochen haben, gut, sich Gedanken darüber zu machen, wie diese 80 Vorhaben in eine wie auch immer geartete Form der Priorisierung gebracht werden können. Wir sollten also einige Gedanken darauf verwenden, was in der der Kommission zur Verfügung stehenden Amtszeit sinnvollerweise noch angepackt werden kann. Denn auch in diesem wie in jedem anderen Fall von gesetzgeberischer Arbeit gilt der Grundsatz, dass Qualität vor Schnelligkeit geht. Wir sollten uns also Gedanken machen, worauf wir unser Gehirnschmalz und unsere Arbeitskraft verwenden und was vielleicht später erledigt werden kann.

Es war richtig, die Lissabon-Strategie stärker auf Wachstum und Beschäftigung auszurichten. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland in der guten Lage, dass wir, auch bedingt durch die Politik der Bundesregierung, in den letzten Monaten auf positive Zahlen am Arbeitsmarkt zurückblicken können. Wenn die Wirtschaftsforschungsinstitute recht haben, woran ich nicht zweifle, wird auch in den nächsten Monaten Gelegenheit sein,

Thomas Dörflinger

- (A) die eine und andere positive Meldung zur Kenntnis nehmen zu dürfen. Es ist uns gelungen, in diesem Lande schon 1,5 Millionen Männer und Frauen aus der Arbeitslosigkeit geholt zu haben, wenngleich die Aufgabe selbstverständlich noch vor uns liegt, zusammen mit unseren europäischen Partnern und der Kommission die jetzt noch in Arbeitslosigkeit befindlichen 3,5 Millionen ebenso in Arbeit zu bringen. Insofern besteht kein Grund, sich zurückzulehnen; aber es gibt durchaus einen Grund, den einen oder anderen lobenden Satz für die Politik der Bundesregierung mit Blick auf die vergangenen drei Jahre zu verlieren.

Richtig ist sicher auch, meine Damen und Herren, dass die Europäische Kommission, was die Beschäftigungspolitik angeht, dem Bereich Forschung und Entwicklung einen besonderen Stellenwert beimisst und daraus auch gewisse Vorgaben für die nationalen Gesetzgeber ableitet.

Mit Blick auf das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union füge ich an dieser Stelle mit einem durchaus kritischen Unterton hinzu: Wer die bürokratischen Mühen kennt – bei mir im Wahlkreis konnte ich diese Erfahrung machen –, denen sich ein Unternehmen bei der Beantragung von Mitteln aus dem europäischen Forschungsrahmenprogramm zu unterziehen hat, weiß, dass man schnell an einem Punkt ist, an dem nicht nur ein, sondern zwei oder drei DIN-A4-Leitz-Ordner gefüllt sind – nur mit Antragsformularen, Begründungen und Gutachten, die unter Hinzuziehung von externen Beratern gemacht werden, die die Unternehmen selbstverständlich Geld kosten.

- (B) Da ist die Frage angebracht, ob es vielleicht auch mit etwas weniger Aufwand ginge.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies läge sowohl im Interesse der Kommission und der dort Beschäftigten als auch selbstverständlich im Interesse derjenigen, die sich einen Innovations- und Investitionsschub aus den Mitteln des Forschungsrahmenprogramms erhoffen.

In diesem Zusammenhang stimmte es vor einigen Wochen im Ausschuss hoffnungsfroh, als wir gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Nationalen Normenkontrollrats und auch mit Kommissar Günter Verheugen einen Blick auf das Thema Entbürokratisierung geworfen haben. Es wäre vielleicht hilfreich, auch den Vorsitzenden der obersten Bürokratiekontrolleure, den ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, im Ausschuss dazu einmal zu hören und zu fragen, inwieweit in diesem Punkt Fortschritte gemacht werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sehr gute Idee!)

Wenn ich mir das Gespräch mit dem kroatischen Außenminister von gestern Nachmittag, an dem einige von uns teilnehmen konnten, ins Gedächtnis rufe, möchte ich sagen: Wir können vielleicht an einer Stelle von den Ländern, die sich mit Beitrittsplänen und Beitrittsgedanken befassen, also noch nicht Mitglied sind, eines lernen

- das wurde gestern sehr deutlich –, nämlich verstärkt in den Blick zu nehmen, dass die Stimmung pro oder kontra Europa in der Bevölkerung wächst oder eben schwindet, je nachdem, welchen Eindruck die Bürgerinnen und Bürger davon haben, wie ihre ganz konkreten Probleme und Herausforderungen in Europa aufgehoben sind und ob sie mit der nötigen Effizienz und dem nötigen Nachdruck bearbeitet werden. (C)

Ich glaube, mit Blick auf unsere Bürgerinnen und Bürger haben wir an dieser Stelle noch einen kleinen Nachholbedarf. Bei dem, was wir uns überlegen und was sich die Kommission zum Thema „Strategieplanung der Kommission bis 2009“ überlegt, müssen wir verstärkt in den Blick nehmen: Die oberste Priorität muss sein, dass es einen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Michael Link für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

- Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Als Liberale begrüßen wir, dass die Kommission ihre Strategieplanung für das nächste Jahr so frühzeitig vorlegt. Klar ist, dass es zu vielen Bereichen nur Andeutungen gibt. Es ist ein bunter Strauß von Vorhaben. Kollege Dörflinger hat schon darauf hingewiesen: Wir können nicht auf alle Vorhaben eingehen. – Ich will deshalb einige herausgreifen. (D)

Für alle Vorhaben gilt allerdings eines: Weil zu den Themen von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit außer Andeutungen noch nichts gesagt werden kann, müssen wir vom Bundestag darauf achten – ich denke, dass ich da für alle Fraktionen spreche –, unsere Rechte stärker wahrzunehmen, vor allem in den Bereichen von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, und besonders die Rechte wahrzunehmen, die uns der neue Vertrag von Lissabon, den wir in der nächsten Sitzungswoche ratifizieren werden, gibt.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU])

Es ist ein bunter Strauß von Vorhaben. Die Vorhaben sind oft nur vage, aber – erlauben Sie mir die Anmerkung – schon sehr viel konkreter als manches, was von der Bundesregierung kommt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Na, na, na!)

Man fragt sich manchmal tatsächlich, in welche Richtung die Bundesregierung gehen will; von der Kommission gibt es zumindest eine Reihe von Andeutungen dazu, in welche Richtung sie gehen will.

(Kurt Bodewig [SPD]: Aufklärung folgt!)

– Das wollen wir einmal abwarten.

Michael Link (Heilbronn)

- (A) Die Grundaussage der Strategie 2009, nämlich 2009 zu einem Jahr der Umsetzung laufender Vorhaben zu machen – so sehen wir das –, wird von der FDP ausdrücklich begrüßt; denn nach unserer Ansicht sollten die neue Europäische Kommission und das neue Europäische Parlament – das ist ein sehr wichtiger Punkt – weitgehend unbelastet in die siebte Legislaturperiode gehen.

Herausgreifen wollte ich die Bereiche deutsche Sprache, Europäischer Auswärtiger Dienst und Finanzen. Alle drei Bereiche spielen andeutungsweise in der Strategie der Kommission eine Rolle; sie werden ebenfalls in der Stellungnahme der Bundesregierung angesprochen. Ich muss sagen: Leider ist man bei der deutschen Sprache in den Institutionen der EU nicht über Lippenbekenntnisse hinausgekommen. Die deutsche Sprache in den EU-Institutionen ist auf dem Rückzug. Das kann uns nicht befriedigen. Hier geht es nicht um Provinzialismus oder gar darum, dass man sich nicht in einer Fremdsprache unterhalten möchte. Nein, hier geht es um ganz eminente, auch wirtschaftliche Interessen vieler, zum Beispiel von Unternehmen in der EU, die sich auf die EU-Rechtsprechung einstellen wollen, oder von Fördermittelempfängern aus den verschiedenen Bereichen, die einen Wettbewerbsnachteil haben, weil die Vorlagen oft nur auf Englisch oder Französisch verfügbar sind. Das darf nicht sein. Das darf die Bundesregierung nicht hinnehmen.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Die Stellungnahme der Bundesregierung, die für diesen Bereich nur aus Appellen und leider nicht aus konkreten Ergebnissen besteht, ist uns einfach zu wenig. Ich erinnere alle Kollegen daran, dass Kommissar Orban bei seinem Besuch des EU-Ausschusses im April 2007 konkret angekündigt hat, ein neues Strategiepapier zur Vielsprachigkeit vorzulegen. Aussagen zu genau dieser Problematik, dass die in der EU am meisten gesprochene Sprache auch vermehrt als Arbeitssprache in der Kommission zum Zuge kommen soll, vermisst man in dem Strategiepapier.

Am 3. April haben 18 Regionen aus der gesamten EU – darunter viele Bundesländer, österreichische Bundesländer und Regionen aus Italien oder anderen Ländern –, angeführt von der hessischen Landesregierung, noch einmal betont, wie wichtig es gerade für die Regionen und für die kommunalen Spitzenverbände ist, dass wir im Bereich der deutschen Sprache vorankommen. Hier brauchen wir dringend ein Aktivwerden der Bundesregierung, das über Lippenbekenntnisse hinausgeht. Bisher haben wir in Brüssel zum Thema deutsche Sprache leider noch keine konkreten Ergebnisse gesehen.

Zum Europäischen Auswärtigen Dienst. Entscheidend für den Hohen Vertreter, wenn er seine Funktion gut ausüben will, ist, dass er einen Dienst zur Verfügung hat, der tatsächlich arbeitsfähig ist. Man kann natürlich über den Hohen Vertreter streiten; das soll hier aber nicht Thema sein. Wir können die Wirklichkeit erst sehen, wenn der Vertrag in Kraft getreten ist. Wir sehen aber sehr wohl, dass in dem Europäischen Auswärtigen Dienst so, wie er nach allem, was man aus Brüssel hört, vorbereitet wird, die Kommissionsbeamten gegenüber

den diplomatischen Beamten aus den Mitgliedstaaten von Anfang an im Vorteil sein werden. Das kann für uns nicht befriedigend sein. Wir reden hier nicht nur über die Pläne der Kommission, sondern wir reden auch darüber, wie sich die Bundesrepublik Deutschland in diese Pläne einbringt. Wir erwarten daher von der Bundesregierung, dass sie dafür sorgt, dass unsere Beamten, die wir in diesen zukünftigen Europäischen Auswärtigen Dienst schicken wollen, dort auf Augenhöhe mit den Kommissionsbeamten arbeiten können. Denn das Beamtenstatut der Kommission enthält ja den Satz, dass die Kommissionsbeamten nicht unter der Weisung anderer Beamten arbeiten dürfen. Das würde bedeuten, dass im Europäischen Auswärtigen Dienst sozusagen nur die Kommissionsbeamten Weisungen erteilen könnten und die Diplomaten aus den Mitgliedstaaten das ausführen müssten. Das darf nicht sein. Hier erhoffen wir uns von der Bundesregierung in diesem Jahr sehr klare Schritte; denn die Weichen für den Europäischen Auswärtigen Dienst werden jetzt gestellt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der FDP:
Sehr wichtiger Punkt!)

Zur Ergänzung. Hier geht es nicht nur um den klassischen diplomatischen Dienst. Kommissionsbeamte, die überall in der Welt sind, sind sicher sehr gut im Dechiffrieren der europäischen Vorlagen. Sie erhalten in Zukunft aber neue Aufgaben: Sie müssen den EU-Bürgern in den verschiedenen Teilen der Welt konsularischen Schutz gewähren; sie müssen für Bürger gute Dienste leisten. Das ist etwas, was unsere Beamten im diplomatischen Dienst sehr viel besser können, weil sie in diesem Bereich mehr Erfahrung haben. Auch deshalb kann und darf es nicht sein, dass wir im zukünftigen Auswärtigen Dienst einen Durchmarsch der Brüsseler Beamten zulasten der Dienste der Mitgliedstaaten erleben.

Lassen Sie mich als letzten Punkt den Haushalt ansprechen; auch das spielt im Strategieprogramm der Kommission eine Rolle. Im nächsten Jahr steht die Generalrevision des Haushalts voraussichtlich in Form einer politischen Absichtserklärung an. Wir alle wissen, dass diese vorentscheidend sein wird. In ihrer Stellungnahme zur Haushaltsrevision fordert die Bundesregierung weiterhin ein Verschuldungsverbot für die EU. Ich fände es sehr schön, wenn sich diese Haltung, die die Bundesregierung gegenüber Brüssel so deutlich an den Tag gelegt hat, auch in ihrer Politik in Deutschland wiederfinden würde. Ein Verschuldungsverbot brauchen wir nicht nur in Brüssel. Wir brauchen es auch in Berlin.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Bundesregierung ergreift Herr Staatsminister Günter Gloser das Wort.

Günter Gloser, Staatsminister für Europa:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich greife gleich Ihre Vorschläge auf,

Staatsminister Günter Gloser

- (A) Herr Kollege Link. Ich denke, wir brauchen hier gar nicht getrennt marschieren; denn genau über die Bereiche, die Sie angesprochen haben, wird auf der Brüsseler Ebene verhandelt.

Ihr erster Punkt betraf die Sprache. Kollege Bergner hat ja auch noch einmal deutlich gemacht, dass wir, wenn nicht realisiert wird, was wir gefordert haben – eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache –, an bestimmten Besprechungen nicht teilnehmen werden. In diesem Punkt stimmen wir überein.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir sollten hier deshalb keinen Popanz aufbauen. Ich könnte Ihnen aufzählen, wer alles diesbezüglich in Brüssel vorstellig geworden ist; und Herrn Orban wurde ja, als er hier im Ausschuss war, deutlich gemacht, was das Parlament vorhat. In dieser Frage haben Sie die Regierung also auf Ihrer Seite.

Auch bezüglich des zweiten von Ihnen angesprochenen Punktes, nämlich die Ausgestaltung des Auswärtigen Dienstes, haben Sie recht. Sie haben all die Themen angesprochen, über die diskutiert wird. Auch hier herrscht Konsens. Wir wollen kein Über- und Unterordnungsverhältnis. Wir wollen einen Europäischen Auswärtigen Dienst mit gleichberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch das ist kein Streitpunkt.

Schließlich haben Sie ja in Ihrem letzten Punkt herausgestellt, dass wir eine entsprechende Stellungnahme abgegeben haben. Ich glaube, das ist eine wichtige Grundlage für den Prozess der Beratungen zum Mid-term-Review. Ihre sich daran anschließende Forderung für die nationale Ebene ist jetzt allerdings nicht Gegenstand der Debatte.

- (B)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Arbeitsplanung macht deutlich, wie viele Bereiche unseres täglichen Lebens durch ganz bestimmte Vorhaben beeinflusst werden. Deshalb halten wir von der Bundesregierung es für richtig – das haben wir ja auch immer wieder ganz bewusst festgestellt, und das haben auch alle Verfassungsorgane in den letzten Jahren gemerkt –, dass man sich früh- bzw. rechtzeitig in die Prozesse einbringt, um die entsprechenden Mitwirkungs- und Kontrollrechte wahrzunehmen. Ich möchte zugleich herausstellen, dass die Vereinbarung, die der Bundestag mit der Bundesregierung geschlossen hat, ihm bessere Möglichkeiten bietet, als viele andere Parlamente haben, um diese Instrumente zu handhaben.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist diese Arbeitsplanung etwas abgespeckt. Die Kommission ist ja nur noch einige wenige Monate im Amt.

Diese Arbeitsplanung ist aber auch dadurch geprägt – das haben wir an anderer Stelle auch schon einmal gesagt –, dass in den nächsten Monaten ein sehr wichtiger Prozess in der Europäischen Union zu gestalten ist, der hoffentlich erfolgreich abgeschlossen werden kann, nämlich die Ratifizierung des europäischen Reformvertrages. Wir alle wollen ja, dass dieser am 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Wir sollten deshalb mit Gesetzge-

bungsvorhaben, die möglicherweise zu Konflikten führen und andere Entscheidungen wieder beeinflussen, zurückhaltend sein. Ich glaube, das hat die Kommission auch in ihrer Arbeitsplanung entsprechend berücksichtigt. (C)

Wichtig ist, dass wir die Themen, die bei den Frühjahrsgipfeln im letzten und in diesem Jahr eine wichtige Rolle gespielt haben, nämlich die Dossiers zum Klima- und Energiepaket, in den nächsten Monaten zu einem Abschluss führen.

Ich glaube aber auch, dass der Frage einer besseren Rechtsetzung – Herr Dörflinger hat es ja schon angesprochen – große Bedeutung zukommt. Bei jedem neuen europäischen Vorhaben und Projekt müssen wir uns fragen, mit welchem Aufwand diese durchgeführt werden können. Jedem Vorhaben und Projekt sollte deshalb eine gründliche Folgenabschätzung vorausgehen, damit nicht die Bürgerinnen und Bürger und Institutionen darüber klagen – ich weiß aus vielen Gesprächen, dass sie das zu Recht tun –, welcher Aufwand für sie damit verbunden ist, wenn sie an einem Projekt mitarbeiten wollen.

Die Kommission hebt ferner den Ansatz einer bürger-nahen Politik hervor. Das ist wichtig, denn nur so können wir es schaffen – das wünschen wir uns ja alle –, dass die Beteiligung an den Wahlen beispielsweise zum Europäischen Parlament besser wird.

Von enormer Wichtigkeit ist für die Bundesregierung, dass bei jedem Vorhaben die Frage nach dem europäischen Mehrwert und nach der Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip gestellt wird. (D)

Es gibt also eine Menge europäische Themen, aber nicht jedes Thema, das auf der Agenda steht, ist unbedingt ein europäisches Thema. Es gibt viele Themen, die wir auf nationaler Ebene lösen müssen. Ich spreche da wohl auch in Ihrem Namen, wenn ich sage, dass wir ein ganz besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der EU-Agenturen richten müssen. Ich weiß, das ist ein viel erörtertes Thema, auch hier im Parlament. Dazu hat die Kommission eine Mitteilung vorgelegt, die wir aktiv zu einer Debatte nutzen sollten.

Einen anderen Punkt möchte ich kritisch ansprechen. Wir verfolgen mit Aufmerksamkeit die europäische Entwicklung im Bereich der Antidiskriminierung. Bevor auf EU-Ebene weitere Richtlinien hierzu erlassen werden, müssen wir zunächst einmal prüfen, ob die bereits vorhandenen Richtlinien und die Gesetze, die wir dazu erlassen haben, wirksam angewendet werden; erst dann können wir die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Ein weiterer Punkt. Kritisch sehen wir – das spiegelt auch ein wichtiges Thema in unserer Präsidentschaft, nämlich der Bereich der Sozialpolitik – die nicht angemessene Zurückhaltung der Kommission im Bereich Sozialpolitik. Wenn wir eine Stärkung des sozialen Europas wollen, dann sollte das auch in der Strategieplanung entsprechend hervortreten.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt. Ich glaube, bei alledem, was wir in den nächsten Wochen hier zu gestalten haben, ist es auch

Staatsminister Günter Gloser

- (A) wichtig, das im Blick zu behalten, was wir zur finanziellen Vorausschau gesagt haben. Auf dieser Grundlage, die wir auch in Brüssel eingebracht haben, können wir mit der Unterstützung des Parlaments die richtigen Weichen stellen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Fraktion Die Linke spricht der Kollege Alexander Ulrich.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung schreibt in ihrer Stellungnahme zur Strategieplanung: Die Stärkung des sozialen Europas tritt nicht deutlich genug hervor. – In einem Land, in dem die Armut zunimmt, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz Aufschwungs eine negative Lohnentwicklung haben, in dem Rentnerinnen und Rentner von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden, erlaubt sich die Bundesregierung so eine Stellungnahme. Wie soll denn ein soziales Europa entstehen, wenn die Menschen mit diesem Europa stagnierende Löhne, Massenarbeitslosigkeit, Zunahme der Armut, Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Steuerdumping verbinden?

- (B) Weder die Kommission noch die Bundesregierung machen konkrete Vorschläge für ein soziales Europa. Die Strategie zielt weiterhin darauf ab, die Interessen der Konzerne und Banken umzusetzen.

Am Wochenende haben in Ljubljana über 30 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund, für ein soziales Europa demonstriert. DGB-Chef Sommer hat gesagt, mit diesem Europa könne man die Menschen nicht für ein soziales Europa gewinnen. Sie haben dort auch gegen die Europäische Zentralbank und die Finanzminister der einzelnen Länder demonstriert. Die gestrige Entscheidung hat wieder gezeigt, dass es notwendig wäre, dass die Kommission in ihre Strategie aufnimmt, die Europäische Zentralbank zu demokratisieren. Denn es ist arbeitsmarktpolitisch nicht vertretbar, dass man – im Gegensatz zu Amerika, das man sich hier einmal zum Vorbild nehmen könnte – nur auf Inflationsbekämpfung, nicht aber auch auf Wachstum und Beschäftigung setzt.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Unabhängigkeit mögen Sie nicht, oder?)

Die Kommission will im Vorfeld der Europawahlen die Kommunikation verbessern, unter dem Stichwort: „Europa vermitteln“. Man kann nur sagen: Viel Spaß dabei! Da werden wieder millionenfach Flyer und Broschüren gedruckt, die ein Europa beschreiben, das es in der Wirklichkeit nicht gibt. Viel besser wäre es gewesen, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, zum Beispiel,

wie es die Linke fordert, durch einen europaweiten Volksentscheid über die Lissabon-Verträge. (C)

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Gegen die Verträge, meinen Sie?)

Nur durch solche Maßnahmen und mehr Bürgerbeteiligung kann man die Menschen für Europa gewinnen. Es ist sehr interessant, dass Sie, Herr Steenblock, auch in dieser Woche im Ausschuss gesagt haben, Sie seien für mehr direkte Demokratie. Aber wenn es um eine konkrete Sache geht, halten sich auch die Grünen davon fern. Es wäre gut, wenn man die direkte Demokratie auch dann wagen würde, wenn man nicht genau weiß, wie die Bürgerinnen und Bürger entscheiden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kommission betont in ihrer Strategie die ungute Entwicklung der Finanzmärkte sowie der Rohstoffpreise. Der Schlussfolgerung der Kommission, die Strukturreformen müssten fortgesetzt werden, können wir zustimmen. Allerdings brauchen wir ganz andere Strukturreformen, als sie der Kommission vorschweben.

Der IWF befürchtet eine Systemkrise der Finanzmärkte und die Vernichtung von 1 Billion US-Dollar. Das blinde Vertrauen überforderter Politiker in Finanzinvestoren und Manager öffentlicher Landesbanken war nicht gerechtfertigt. Die Kommission sollte daher Initiativen zur Regulierung der Kapitalmärkte ergreifen.

Die Finanzkrise hat aber auch Ursachen in der realen Wirtschaft und Europa. Kommission und Bundesregierung haben sich viel zu lange geweigert, sich dafür auszusprechen, dass auch der größte Binnenmarkt der Welt Verantwortung für die globale Entwicklung übernimmt. Die USA waren unter dem Druck der Handelsbilanz überfordert. (D)

Die Aufwertung des Euro ist auch eine Folge der mangelhaften deutschen Wettbewerbsfähigkeit.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Was ist das? Was war das? – Lachen des Abg. Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU])

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken bestätigt, dass die Ursachen der Währungsturbulenzen die Ungleichgewichte im Außenhandel sind.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sie wissen doch gar nicht, was Markt ist!)

Was fällt der Regierung dazu ein? Der Export muss noch wettbewerbsfähiger werden – und dies vor dem Hintergrund einer drohenden Weltwirtschaftskrise. Mit Verlaub: Dies ist mit den Gesetzen der Logik nicht mehr zu vereinbaren.

(Kurt Bodewig [SPD]: Das gilt auch für Ihre Rede!)

Die Entwicklung der Rohstoffpreise hat gezeigt: Der Wettbewerb auf den Energiemärkten und die deutsche Ordnungspolitik sind gescheitert. Die teuren Energienetze sind ein natürliches Monopol. Sie gehören in die

Alexander Ulrich

- (A) öffentliche Hand, damit sich private Konzerne nicht weiter auf Kosten unserer Volkswirtschaft bereichern.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Wie in der DDR! Da hat es sich „bewährt“! – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Da kann man gleich alle Klischees abarbeiten!)

Nur so kann der Staat überhaupt wieder Einfluss auf die Energiepolitik und den Klimawandel nehmen.

Zu Recht befürchtet die Kommission, dass die nationalen Einnahmen aus dem Emissionshandel zur Subvention von CO₂-intensiven Unternehmen missbraucht werden. Wir benötigen daher eine Ausweitung des europäischen Anteils an den Einnahmen, um mit diesem Geld im großen Stil regenerative Energien in Europa zu fördern. Die CDU/CSU sollte nicht dagegen argumentieren. Denn sogar Herr Koch will Hessen zu einem Musterland für regenerative Energien machen. Sie könnten seinem Beispiel im Bundestag folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Galileo-Projekt ist die Fortsetzung des Transrads mit anderen Mitteln. Es werden 3,4 Milliarden Euro für ein überflüssiges Spielzeug der Kommission ausgegeben, das durch GPS II längst überholt wurde.

Lassen Sie mich zum Ende noch etwas zum „Rüffert-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs sagen. Nun darf bei öffentlichen Aufträgen maximal der Mindestlohn verlangt werden. Der Mindestlohn wird so zum Höchstlohn. Der Vorsitzende der IG BAU, Wiesehügel – die Kollegen von der SPD sollten ihn noch kennen; denn er war in der vorletzten Legislaturperiode noch Mitglied ihrer Fraktion –, hat dies zu Recht Raubtierkapitalismus genannt, der die Menschen von Europa entfremdet.

- (B) Wir unterstützen daher den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Schulz, die europäischen Verträge zu ergänzen. Angesichts dieses Vorschlags ist meine Bitte, dass in 14 Tagen die „ganz große“ Koalition aus FDP, Grünen, CDU/CSU und SPD nicht mit der Ratifizierung der Lissabonner Verträge ein unsoziales Europa zementieren sollte.

Wir unterstützen daher den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Schulz, die europäischen Verträge zu ergänzen. Angesichts dieses Vorschlags ist meine Bitte, dass in 14 Tagen die „ganz große“ Koalition aus FDP, Grünen, CDU/CSU und SPD nicht mit der Ratifizierung der Lissabonner Verträge ein unsoziales Europa zementieren sollte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Rainer Steenblock hat jetzt das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Strategieplanung der EU umfasst eine ganze Reihe von wichtigen Punkten, die die Interessen, zum Teil auch die Bedürfnisse und Ängste der Bürgerinnen und Bürger in Europa widerspiegeln. Wachstum und Beschäftigung, Bekämpfung des Klimawandels, der Bereich der Energiepolitik bzw. der Energieaußenpolitik der Europäischen Union, die Migration sowie die Sicherheit der

Bürgerinnen und Bürger sind Themen, die im Zentrum der Strategieplanung der Europäischen Union stehen. In den Details mögen wir dazu kontroverse Diskussionen führen. (C)

All diese Punkte sind wichtig. Aber ich will mich auf zwei Punkte konzentrieren, die aus unserer Sicht in diesem Katalog fehlen.

Erster Punkt. Die Strategieplanung geht zu wenig auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein. Wir alle wissen: Wenn wir die Globalisierung mitbestimmen wollen, dann können wir das nicht als Nationalstaat, sondern nur als Europäische Union tun. Deshalb ist die im Reformvertrag angelegte Konzentration auf eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein ganz zentraler Punkt. Die Kommission ist dafür zu kritisieren, dass sie das nicht stärker in den Fokus ihrer Politik stellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir als Deutscher Bundestag haben an dieser Stelle ein gemeinsames Interesse, auch wenn wir nicht in allen Fragen einer Meinung sind.

Ein gemeinsames Interesse haben wir auch an dem zweiten Punkt, der für mich genauso wichtig ist. Er wurde bereits von Staatsminister Gloser und von dem Kollegen Ulrich zu Recht angesprochen. Wir alle kennen die Debatten aus Frankreich über den damaligen Verfassungsvertrag. Wenn man in Europa in dieser Situation nicht auf die Frage der sozialen Gerechtigkeit eingeht und sie nicht in das Zentrum der Politik stellt, dann unterstützt man die populistische Kampagne, die von einigen gegen die Europäische Union gefahren wird. Deswegen brauchen wir die Sozialpolitik als eine wesentliche Säule der europäischen Politik im Rahmen der Strategieplanung. Da muss das stärker verankert werden. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Bundesregierung hat das zu Recht kritisiert. Sie hat aber keinen einzigen eigenen Vorschlag gemacht, wie das zu realisieren wäre.

Die Lissabon-Strategie, die wir alle mitgetragen haben – die Trias von Ökonomie, Ökologie und Sozialem –, wird an dieser Stelle auf eine ökonomische Wachstumsstrategie reduziert. Das gehört zwar dazu, reicht aber nicht aus, um die Bürgerinnen und Bürger für die Europäische Union zu gewinnen. Die EU schreibt in ihrer Strategieplanung, dass die Förderung einer nachhaltigen Sozialreform weiterhin im Zentrum der politischen Agenda der Union steht. Das ist richtig. Wenn man aber schaut, was im Zentrum steht, stellt man fest, dass da, wenn überhaupt, nur Nebel ist – manchmal nicht einmal das. Es kann nicht sein, dass wir dem populistischen Vorurteil, dass Europa eine unsoziale und neoliberale Veranstaltung ist, Vorschub leisten. Gegen dieses Vorurteil kämpfen wir schließlich.

Herr Ulrich, in Ihre Richtung will ich ganz deutlich sagen: Konkrete Entscheidungen der Kommission zu kritisieren, heißt für uns nicht, die Europäische Union zu

Rainer Steeb

- (A) verdammen, verantwortlich zu machen und als Konstruktion infrage zu stellen – überhaupt nicht. Wir brauchen diese Integration. Die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission spiegeln die Wahlergebnisse in Europa wider. Diese Mehrheitsverhältnisse gefallen mir zwar überhaupt nicht, aber deshalb lehne ich doch nicht die Europäische Union, den Integrationsansatz und den Reformvertrag ab, mit dem man versucht, die Sache besser zu machen. Vielmehr kämpfe ich für die entsprechenden politischen Mehrheiten in Europa.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist das, was uns unterscheidet. Aus der Kritik, dass Europa nicht in ausreichendem Maße sozial ist, leiten Sie die Forderung nach einer Renationalisierung der Politik ab. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Wir brauchen die europäische Integration als Antwort auf alle sozialen Fragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Sie haben die direkte Demokratie angesprochen. Die Grünen und auch die Sozialdemokraten haben sich in der vergangenen Legislaturperiode dafür ausgesprochen, die direkte Demokratie in Deutschland zu stärken, und entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt. Wir haben leider keine Mehrheit dafür bekommen. Ich bin aber dagegen – das habe ich Ihnen im Ausschuss schon gesagt; ich sage es aber noch einmal –, das Instrument der direkten Demokratie für eine populistische Anti-EU-Kampagne zu missbrauchen. Das machen wir nicht mit.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Eines möchte ich noch sagen: Es ist gut, dass wir hier über die Strategieplanung und die Stellungnahme der Bundesregierung dazu diskutieren. Ich hoffe, dass das Interesse an diesen Debatten im Deutschen Bundestag noch stärker wird. In einem Punkt unterstützen wir die Kommission aber ausdrücklich: Sie plant eine Informationskampagne über die sozialen Elemente der Grundrechtecharta. Das ist genau der richtige Weg. Wir müssen über die positiven Entwicklungen sprechen, die mit dem Reformvertrag in Gang gesetzt wurden – und die Grundrechtecharta gehört nach Meinung aller Fraktionen zu den positiven Entwicklungen –; denn dann gewinnen wir das Vertrauen der Menschen zurück.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Thomas Silberhorn hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu der Strategieplanung der Kommission möchte ich zunächst eine sehr grundsätzliche Anmerkung machen:

- (C) Diese Diskussion steht in einem sehr engen Zusammenhang mit der Überprüfung des EU-Finanzsystems, die in diesem Jahr einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Kommission ist und auch im nächsten Jahr sein wird.

Die Kommission beschreibt neue politische Herausforderungen und die Schwerpunkte der künftigen EU-Politik. Ich meine, wir müssen aufpassen, dass wir nicht eine von realen Zahlen weitgehend losgelöste Diskussion führen. In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen politische Prioritäten im Haushaltsverfahren festgelegt werden. Nur in der Europäischen Union läuft es umgekehrt: Wir reden abstrakt über politische Aufgaben, und die Rechnung wird hinterher präsentiert. Was fehlt, ist eine Verknüpfung von Strategieplanung und Aufstellung des Haushaltes. Das ist eine Aufgabe, der wir uns in der Europäischen Union, vielleicht auch im Deutschen Bundestag stärker stellen müssen. Wir müssen die Finanzierungslasten gerechter auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verteilen.

Ich plädiere dafür, dass wir an der Beitragsfinanzierung festhalten, die Beiträge aber nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten bemessen und strenge Obergrenzen für die Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union festlegen. Das hat natürlich Auswirkungen auf eine Strategieplanung der Europäischen Kommission.

- (D) Es ist von zentraler Bedeutung, dass das Subsidiaritätsprinzip auf allen Ebenen beachtet wird, dass die Europäische Union sowohl in der Haushaltsplanung als auch in der Strategieplanung nur dort tätig wird, wo wir ihr Aufgaben übertragen haben, und Personal und Finanzmittel nicht an anderen Stellen einsetzt. Das heißt, die Subsidiarität muss auch in der Strategieplanung und in der Haushaltspolitik ihren konkreten Niederschlag finden.

Ich will als Beispiel den Europäischen Auswärtigen Dienst nennen. Er ist erst möglich, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Deswegen staune ich, dass sich die Regierungen der Mitgliedstaaten das Ziel gesetzt haben, den Europäischen Auswärtigen Dienst bereits dann funktionsfähig bereitzustellen, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, der ja erst die Voraussetzung dafür schafft, den Europäischen Auswärtigen Dienst zu organisieren.

Ich sehe, dass sich Deutschland dieser Debatte nicht ganz wird entziehen können. Ich möchte dazu doch die Anmerkung machen, dass ich von allen Regierungen et was mehr Respekt vor den nationalen Parlamenten und vor denen, die den Vertrag von Lissabon ratifizieren, erwartet hätte. Ich meine, dass die auswärtigen Dienste in der Europäischen Union zunächst einmal alle Hände voll zu tun haben, um dazu beizutragen, dass der Vertrag von Lissabon tatsächlich zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich plädiere dafür, dass wir die Verlässlichkeit der mittelfristigen Finanzplanung in der Europäischen Union wahren. Die Finanzielle Vorausschau ist einstim-

Thomas Silberhorn

- (A) mig verabschiedet worden. Sie darf im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung durch Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit nicht revidiert werden, insbesondere nicht zulasten der Zahlerländer, die sich in der Minderheit befinden. Dazu gehört, dass die Flexibilitätsinstrumente, mit denen der Finanzrahmen begrenzt erhöht werden kann, auf absolute Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Ich weise darauf hin, dass der Vertrag von Lissabon schon bei der Verabschiedung der Finanziellen Vorausschau in Diskussion stand, damals noch als Verfassungsvertrag. Deswegen ist alles, was in diesem Vertrag steht, in der Finanziellen Vorausschau bereits berücksichtigt und darf nicht mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon zu neuen Ausgabeorgien führen.

Lassen Sie mich, da Herr Bergner anwesend ist, einige Sätze zum Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sagen. Ich glaube, wir müssen auch hier sehr darauf achten, dass die Europäische Union ihre Kompetenzen wahrt. Wir sehen, dass Zuwanderung und Integration Themen gemeinsamen europäischen Interesses sind. Aber der Zugang zum Arbeitsmarkt muss in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben.

Ich begrüße es, dass wir uns das Ziel setzen, das europäische Asylsystem bis 2010 zu vollenden. Wir müssen aber darauf achten, dadurch nicht eine neue Bürokratie aufzubauen. Die Unterstützungsagentur, die im Ergebnis ein Eingriff in die Verwaltungshoheit der Mitgliedstaaten wäre, lehne ich ab. Wir werden an anderer Stelle Gelegenheit haben, im Bundestag darüber zu diskutieren. Auch hier muss klar sein: Die Asylverfahren müssen in nationaler Kompetenz verbleiben.

- (B) Über die Speicherung von Fluggastdaten ist erst gestern in diesem Hause diskutiert worden. Fraglos müssen wir mehr gegen die erhöhte Terrorgefahr unternehmen. Aber ebenso ist fragwürdig, in welchem Umfang und mit welcher Dauer die Speicherung von Fluggastdaten entsprechend dem Vorschlag vorgenommen werden soll. Ich meine, wir müssen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sehr ernst nehmen.

Abschließend plädiere ich dafür, dass die Strategieplanung nicht zu einer Art Aktionismus der Kommission führt, die gerade noch ein Jahr im Amt ist. Es kann doch nicht sein, dass diese Kommission eine Fülle von neuen Richtlinien und Verordnungen vorschlägt, mit denen die gesamte Legislaturperiode der nächsten Kommission bereits weitgehend mitbestimmt wird. Im nächsten Jahr ist die Wahl zu einem neuen Europäischen Parlament, das übrigens darüber beschließen wird, wie die eigene Arbeit fortgeführt werden soll.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Deswegen plädiere ich dafür, dass sich die Kommission daran ein Beispiel nimmt und über den Wegfall noch offener Vorhaben entscheidet, wenn eine neue Kommission ins Amt kommt. Wir sollten schon jetzt darauf hinwirken, dass die neue Kommission, die im

nächsten Jahr antritt, das Prinzip der Diskontinuität anwendet, – (C)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

– so wie wir es hier in unserem Hause kennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Steffen Reiche.

Steffen Reiche (Cottbus) (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! So singulär, so weltweit einzigartig, innovativ und vorbildlich die Europäische Union als handlungs-, ja regierungsfähiger Staatenverbund ist, so singulär, innovativ und vorbildlich ist auch ihr Verfahren der Administrations- bzw. Regierungsplanung. Uns erscheint es selbstverständlich, ja alternativlos. Das ist es auch – für die EU.

Ich will uns aber daran erinnern und uns bewusst machen, dass das etwas Besonderes ist. Denn weder die USA noch China, Indien, Brasilien oder Russland kennen etwas Vergleichbares. Zu Recht kann man einwenden, dass es sich bei diesen Ländern bis auf die USA nicht um etablierte Demokratien handelt. Aber auch dann, wenn man sich die Situation in etablierten Demokratien, in Großbritannien, Frankreich oder Deutschland, ansieht, stellt man fest: Fehlanzeige. In diesen Staaten gibt es nur Wahlprogramme, Koalitionsverträge und Regierungserklärungen, aber keine Strategiekonzepte, über die von Februar bis Oktober eines Jahres, also circa acht Monate, von allen Beteiligten diskutiert wird und die dann die Grundlage für ein Jahr gemeinsamer Regierungsarbeit bilden. Daran sind der Europäische Rat und das EU-Parlament beteiligt, intensiver als bisher aber auch die nationalen Parlamente und die europäische Zivilgesellschaft. (D)

Die Strategieplanung für eines der vermutlich wichtigsten Jahre der Europäischen Union liegt uns nun vor. Das Jahr 2009 ist im Hinblick auf die Strukturen der Europäischen Union sozusagen ein Schaltjahr. Denn dann tritt die größte Reform der EU in Kraft. Die EU wird erstmals Rechtssubjekt. Aufgrund der stärkeren Beteiligung des Europäischen Parlaments werden neue demokratische Strukturen gelten. Neue Politikgebiete werden einbezogen. So wird zum Beispiel die Rechts- und Innenpolitik stärker als je zuvor einbezogen und in weiten Teilen vergemeinschaftet. Darüber hinaus gibt es eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Drei bewährte Spitzenfunktionen werden neu vergeben: die Ämter des Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Kommissionspräsidenten und des NATO-Generalsekretärs; das zuletzt genannte Amt betrifft zwar nicht direkt eine Entscheidung der EU, aber das sollte als

Steffen Reiche (Cottbus)

- (A) großes Paket betrachtet werden. Außerdem werden zwei Ämter erstmals besetzt und durch ihre ersten Amtsinhaber geprägt: das des Ratspräsidenten und das des Hohen Vertreters oder, wie wir gerne sagen würden, das des EU-Außenministers. Das wird der EU, aber auch ihren Institutionen neuen Schwung verleihen.

Die EU will und wird im Jahre 2009 besser und bürgerorientierter sein, weil sie erstmals – das ist Teil des Lissabon-Vertrages – nicht mehr als Gemeinschaft der Nationen, sondern als Gemeinschaft ihrer Bürger verstanden wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Wahlen eines neuen Europäischen Parlaments stehen an, und Europa wird stärker als je zuvor gefragt sein, nicht nur den Frieden zu erhalten, sondern auch die Globalisierung zu gestalten. Sie von der Linken verlangen das zu Recht von der EU. Sie verweigern ihr aber die dafür notwendigen Instrumente. Denn der Lissabon-Vertrag ist ein besseres und geeigneteres Instrument als die bisherigen Verträge, um genau das zu erreichen, was Sie zu Recht verlangen. Es ist infam, etwas zu verlangen, aber nicht bereit zu sein, die notwendigen, aber noch nicht weit genug entwickelten Instrumente dafür zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD – Mechthild Rawert [SPD]: Wir wollen das tun!)

- (B) 2009 wird ein entscheidendes Jahr. Denn nicht nur der Lissabon-Vertrag, sondern auch der Lissabon-Prozess kommt an einen wichtigen Punkt. Im Jahre 2010 wird das Ziel der EU, größter und stärkster Wirtschaftsraum der Erde zu sein, entweder erreicht oder nicht erreicht. Aufgrund der Schwäche der Mitbewerber, der USA und Japans, ist es möglich, dass die EU die stärkste Wirtschaftsregion der Welt wird.

Im Jahre 2008 und erst recht im Jahre 2009 müssen wir aber auch mit einer Weltwirtschaftskrise rechnen: 1 Billion Dollar Miese und ein beispielloser Verfall des Dollars, der Euro schnellst von einem Allzeithoch zum nächsten. Man kann sich auf eine solche Situation schlecht vorbereiten – das ist mir bewusst –, aber man muss damit rechnen, dass der Euro Weltleitwährung werden könnte und dass dadurch für EZB und EU ganz neue Herausforderungen entstehen.

Wir müssen das, womit im Jahre 2008 begonnen wurde, im Jahre 2009 finalisieren, noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament. Wir haben durch eine Überprüfung der Agrarpolitik, dem sogenannten Health Check, für die Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzflüsse in der Europäischen Union neue Chancen. Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft verbessert sich unerwartet gut und insofern auch die Möglichkeit, hier wirklich etwas zu verändern. Die Eigenmittel werden neu überprüft. Die SPD hat dazu Vorschläge gemacht und wird sie der EU in der Hoffnung zur Kenntnis geben, dass manches von dem berücksichtigt wird.

(Mechthild Rawert [SPD]: Das sind gute Vorschläge!)

(C) Die EU hat mit guten Vorschlägen, großem Druck und einseitigen Vorleistungen dazu beigetragen, dass das Kioto-Protokoll verabschiedet werden konnte. Gerade in 2009 ist die EU ähnlich in der Verantwortung, in Bezug auf den Post-Kioto-Prozess, also in Bezug auf den Prozess, der in Bali begonnen hat, Vorschläge zu machen und mit Vorleistungen dafür zu sorgen, dass die anderen Staaten mit uns gemeinsam den Klimawandel bekämpfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine andere zentrale Herausforderung ist es, spätestens in 2009 die Doha-Welthandelsrunde zu einem guten Ende zu bringen. Kein Wirtschaftsraum wie der nach dem Lissabon-Prozess erfolgreich gestartete Europäische Wirtschaftsraum wird davon so sehr profitieren und hat daran so großes Interesse und davon zugleich so große Vorteile. Das heißt, wir müssen mit einem vertretbaren Maximum an Zugeständnissen einen Kompromiss erzielen und damit einen Abschluss der Welthandelsrunde ermöglichen.

(D) Darüber hinaus sind mir mehrere Punkte wichtig: Die Bürger Europas sollen und müssen an die erste Stelle rücken. Die EU wird Rechtssubjekt. Nach dem Lissabon-Vertrag sind mehr als bisher die Bürger das Ziel der Politik. Sie sind das Zentrum der Politik der Europäischen Union. Sie und nicht die Nationen sind der Grund, weshalb die Europäische Union gebildet worden ist. Das muss das Handeln aller Institutionen der nationalen Akteure in erster Linie prägen, sodass sie nicht zuallererst nach dem nationalen Mehrwert schauen, sondern das europäische Interesse im Auge haben. Die Erfahrungen von 50 Jahren Europäische Union haben gezeigt: À la longue nutzt das europäische Interesse den Nationen am allermeisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das soziale Europa muss gestärkt werden. Ich sage Ihnen klar zu: Wir werden wie bisher auf die Worte von Herrn Schulz hören, wenn Sie uns versprechen, wenigstens auf jedes zweite Wort von Frau Kaufmann zu achten, weil sie vieles sagt, was man berücksichtigen sollte.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr wahr!)

Lieber Kollege Link, die deutsche Sprache muss auch in Zukunft neben dem Englischen und dem Französischen als Arbeitssprache gelten. Pacta sunt servanda; das ist klar. Aber Englisch hat sich eben im Siebenjährigen Krieg, den die Briten an der Seite von Preußen gewonnen haben, als Lingua franca durchgesetzt. Daran werden wir auch mit dieser berechtigten Forderung nichts ändern.

Was in diesem Arbeitsprogramm bzw. dieser Strategieplanung bisher fehlt, aber im Oktober angegangen werden muss, ist – das ist mir ganz wichtig – die Fortsetzung des Minsk-Prozesses mit großem Engagement. Wir haben ein Zeitfenster, diesen Minsk-Prozess in Bezug auf die Staaten des Südkaukasus zu einem guten Abschluss zu bringen. Wie stark der Tibet-Konflikt die

Steffen Reiche (Cottbus)

- (A) Olympischen Spiele in Peking beeinflusst, erleben wir zurzeit. 2012 finden die Olympischen Spiele in Sotschi statt. Abasien liegt davon nur 30 Kilometer entfernt, etwas weiter Südossetien. Das heißt, für dieses Problem muss gemeinsam mit Russland in 2009 eine Lösung gefunden werden.

Wir brauchen ferner eine Lösung – auch dafür findet sich ein einmaliges Zeitfenster – für den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Wir müssen bei all dem stärker als bisher die Zivilgesellschaft einbeziehen. Das heißt, wir brauchen mit diesen zwei Staaten ein neueres, besseres Visaabkommen. Mit Freude und Stolz sollten wir diesen Prozess bis Oktober in Deutschland organisieren; denn wir als Bürger und wir als Politiker sind Teil eines in der Welt singulären Prozesses.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Link [Heilbronn] [FDP])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zum Abschluss der Debatte erteile ich dem Kollegen Dr. Joachim Pfeiffer für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

- (B) Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aus der Strategieplanung 2009 der EU-Kommission einen Punkt herausgreifen, der zukünftig sicherlich im Mittelpunkt der Überlegungen stehen wird, und zwar die Energiepolitik. Die Energiepolitik spielt in den Strategieplanungen zu Recht eine Rolle, obwohl die Europäische Union für die Energiepolitik keine originäre Zuständigkeit hat. Ihre Kompetenzen werden bisher aus der Zuständigkeit für den Binnenmarkt oder für den Umweltbereich abgeleitet. Erst mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages wird die Energiepolitik als geteilte Zuständigkeit auch bei der EU entsprechend verankert sein.

Aus der Sicht der Unionsfraktion gibt es zwei zentrale Handlungsfelder, die eigentlich ganz unterschiedliche Lösungsansätze erfordern: zum einen die Strategie nach außen, zum anderen die Strategie nach innen. Ich will versuchen, anhand einiger Beispiele die Handlungserfordernisse zu beschreiben. Energiepolitisch wird die EU in den nächsten 10, 15 Jahren vor ganz neuen Herausforderungen stehen. Die gesamte EU befindet sich auf dem Weg in die Importabhängigkeit. In 20 Jahren wird es in Europa, von Norwegen abgesehen, keine nennenswerte Energieproduktion, Ölförderung, Gasförderung, mehr geben. Das heißt, ganz Europa wird in einer Dimension vom Import fossiler Energien abhängig, wie es Deutschland bereits heute ist.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass in vielen Ländern auf der Welt der Staat zunehmend Einfluss auf die Märkte nimmt. Ich nenne als Stichworte nur Venezuela und Russland. Das heißt, Energie wird als politisches Instrument, ja sogar als Waffe eingesetzt. Die Märkte werden zurückgedrängt, bereits unterschriebene Verträge werden nicht eingehalten bzw. man wird zur Ände-

- (C) rung der Verträge gezwungen. So bekommen westliche, europäische Unternehmen beispielsweise in Russland Schwierigkeiten.

Die EU wird von außen nicht als Union wahrgenommen. So bekommt man, wenn man sich mit internationalen Partnern im energiepolitischen Bereich unterhält, oft zu hören, dass keiner versteht, warum mal der Kommissar, mal der Außenminister, mal die Ratspräsidentschaft kommt. Das ist alles andere als kontinuierlich.

Der Weltenergieverbrauch steigt. Damit wird die Nachfragemacht Europas zurückgehen. 1970 entfielen auf die OECD-Länder 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs. Bis 2030 werden sich die Verhältnisse umgekehrt haben. Wenn wir Europäer eine Chance haben wollen, müssen wir mit einer Stimme sprechen. Die Nationalstaaten können heute nämlich nicht mehr viel ausrichten.

- (D) Was das Handeln der Europäischen Union nach innen angeht, will ich sagen, dass wir den europäischen Binnenmarkt für Strom, für Energie, für Gas vollenden müssen. Manches ist getan; aber vieles ist noch zu tun. Ich will wegen der wenigen Zeit, die mir zu reden verbleibt, nur zwei Punkte, über die wir diskutieren müssen, herausgreifen. Wir sind auf dem Weg, Souveränitätsrechte abzugeben. Das ist uns, glaube ich, noch nicht in vollem Umfang klar. Die Vorstöße der EU in Sachen Emissionshandel und in Sachen Klimaschutzpaket werden dazu führen, dass wir dauerhaft auch auf nationalen Feldern wie der Umwelt- und Klimapolitik Souveränitätsrechte werden abgeben müssen. Wir müssen aufpassen, dass unsere nationalen Interessen in diesen Bereichen weiterhin berücksichtigt werden.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel ans Herz legen, das zeigt, dass die Bundesregierung und wir als Parlament darauf achten müssen, dass unsere nationalen Interessen Berücksichtigung finden. Beim Emissionshandel ist angedacht, dass ab 2013 im Bereich der Stromerzeugung zu 100 Prozent auktioniert wird. Das ist im Grunde richtig; wir brauchen eine europäische Allokation. Die Einnahmen werden aber nicht dem Anteil an der Stromerzeugung entsprechend unter den Mitgliedstaaten aufgeteilt. Nehmen wir als Beispiel Deutschland und Frankreich: Frankreich erzeugt seinen Strom zu 70 bis 80 Prozent aus Kernenergie. Wenn, wie geplant, die gesamten dem Emissionshandel unterliegenden Sektoren berücksichtigt werden, wird Deutschland 70 Prozent der Kosten aufbringen. Die Erlöse des Emissionshandels werden aber quasi zu gleichen Teilen zwischen Deutschland und Frankreich aufgeteilt. Es geht hier um Milliardenbeträge; ich glaube, das haben wir uns noch nicht in allen Konsequenzen klargemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt in der Energiepolitik eine ganze Reihe von Punkten, bei denen wir als Parlament gefordert sind. Auf der einen Seite müssen wir darauf hinwirken, dass die EU-Kommission die Stimme nach außen wird. Auf der anderen Seite müssen wir sehr genau darauf achten, dass unsere nationalen Interessen im europäischen Binnenmarkt berücksichtigt werden.

Dr. Joachim Pfeiffer

(A) In diesem Sinne werden wir als CDU/CSU-Fraktion das weitere Prozedere sehr kritisch, aber konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

(C)

(B)

(D)